

Paritätinform

Das Nachrichtenmagazin des Paritätischen Baden-Württemberg

Juni 2023



Krisenfest?

Krisenfest!

Impressum

Paritätinform

Das Nachrichtenmagazin des
Paritätischen Baden-Württemberg
ISSN 2198-9575

Herausgeber

Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband Landesverband
Baden-Württemberg e. V.
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
Tel. 0711 2155-0, info@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

Verantwortlich

Uta-Micaela Dürig
Vorsändin Sozialpolitik
Ulf Hartmann
Vorstand Finanzen &
Mitgliederberatung

Redaktion

Rolf Schaible (Gesamtreaktion),
Ralf Baumgarth, Annika Beutel,
Barbara Brüchert, Christian Gaus,
Heike Händel, Katrin Joret,
Dr. Steffi Hunnius, Hina Marquart,
Stephanie Schultz, u.v.m.

Satz, Gestaltung

Kreativ plus – Gesellschaft für
Werbung und Kommunikation mbH
Tel. 0711 2155-105, help@kreativplus.com

Druck

Druckerei Raisch GmbH + Co. KG
Reutlingen

Erscheinungsweise / Auflage

vierteljährlich / 4.700 Exemplare

Bezug



Über diesen QR-Code
können Sie die
PARITÄTinform
kostenfrei beziehen
bzw. abbestellen.

Fotos

Titelbild: rawpixel, iStockphoto
Archiv, Mitgliedsorganisationen,
Freepik, iStockphoto, Pexels, Unsplash

Beilagen

Paritätische Akademie Süd
report pro familia Baden-Württemberg

Inhalt

4 Krisenfest?!

- Krisenfest – Chancen erkennen trotz widriger Umstände
- Heute am Abgrund, morgen schon einen Schritt weiter? Auswirkungen der Krise(n) auf die Sozialwirtschaft
- Die Sozialwirtschaft steht vor großen Herausforderungen Dialog und gegenseitiges Zuhören, um gemeinsam gute Lösungen zu finden
- Auswirkungen der Krise(n) auf die Sozialwirtschaft Statements der Landtagsfraktionen
- Karriereplanung – ein Weg aus dem Fachkräftemangel Lebenshilfe Donau-Iller initiiert neuen Studienbereich im Teilhabebereich
- Das Kindersolbad in stürmischen Gewässern In Krisenzeiten gibt es keine Zeit zum Durchatmen
- „Wenn es holgrig wird, steigt man nicht aus, sondern man schnallt sich an“ Solidarität, Flexibilität und Zusammenhalt helfen durch schwierige Zeiten
- Nach der Pandemie ist mitten in der Krise Selbsthilfeorganisationen sind als Sprachrohr der Betroffenen unverzichtbar
- Langzeitarbeitslose in der Pandemie besonders belastet Sozialunternehmen im Bereich der Arbeits- und Beschäftigungsförderung brauchen verlässliche Rahmenbedingungen

23 Werkstatt Parität

- Kulturwandel in den Einrichtungen – Projektstart RENA: Resilienz und Nachhaltigkeit für eine zukunftsfähige Sozialwirtschaft

24 Aus dem Landesverband

- 75 Jahre Paritätischer Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg Für das Leben – weil Alle zählen!
- Ausschreibung #PariEngage Award Die Auszeichnung für innovatives Engagement in der freien Wohlfahrtspflege
- Wir sind einzigartig und jetzt noch barrierefreier Eine frische Brise: Der Paritätische hat sein Corporate Design überarbeitet
- Bündnispartnerschaft für gute Lebensbedingungen Mitgliederschaft in der LAGO stärkt die Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Bühnenreif! Von der Dokumentation über Missstände in einem Waisenhaus zum Theaterstück „Die Ehemaligen“
- Eingliederungshilfe 2030 Fachwelt diskutiert über die Zukunft der Teilhabe in Baden-Württemberg

33 Nachhaltigkeit

- Für eine sozial-ökologische Zukunft Ungleichheit bekämpfen Ökologische Krisen und was auf dem Spiel steht

34 Nachrichten und Schlaglichter aus dem Verband

36 Parität vor Ort

- Freiburg: Zehn Jahre ehrenamtliche Patientenbegleitung

37 Aktuelles Recht

- Haftungsbeschränkungen durch Ressortverteilung im Vorstand

38 Paritätische Akademie Süd

- Eine Win-Win-Situation für alle Im Blickfeld: Förderung und Erhalt von Gesundheit am Arbeitsplatz



Krisenfest?!

Das Wort Krise scheint aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Coronakrise, Ukrainekrise, Inflationskrise, Energiepreiskrise, Fachkräftekrise, und und und. Wir kommen von einer Krise zur nächsten oder erleben mehrere gleichzeitig. Ist die Gesellschaft damit im dauerhaften Krisenmodus? Und was macht das mit der Gesellschaft und, vor allem, den sozialen Einrichtungen und dem Miteinander?

Krisenfest? Wir müssen uns daher doch fragen, ob wir Krisen erleben oder ob dies „nur“ die Auswirkungen von gesellschaftlichem Wandel sind, auf den wir uns nicht ausreichend vorbereitet haben? Klar – niemand hat sich eine Coronapandemie ausgesucht oder konnte sie vorhersehen. Doch auf bestimmte Krisen kann man sich vorbereiten. Nehmen wir die fehlenden Arbeitskräfte. Anscheinend über Nacht kam es, dass nun in vielen Einrichtungen Arbeitskräfte fehlen und Angebote zurückgefahren werden müssen oder gar nicht erst angeboten werden können. Dabei war der demografische Wandel doch etwas, das seit Jahrzehnten vorhergesagt wurde und klar ausgerechnet werden konnte.

Krisenfest! All dem, was rings um uns passiert, muss man aber nicht ohnmächtig gegenüber stehen. Eine Organisation alleine mag die Welt nicht ändern können. Aber man kann etwas tun. Das wollen wir in dieser Ausgabe der Paritätinform zeigen und vorstellen.

Veränderung zu gestalten ist eine der Kernaufgaben des Paritätischen. Dafür widmen wir allen unsere Energie, Tag für Tag. Seit nun 75 Jahren.

Am 20. September, dem Tag unserer Gründung, wollen wir das Jubiläum nutzen, auf die Lage der Sozialwirtschaft aufmerksam zu machen und in die Zukunft zu schauen. Dazu wird ein Festakt in Stuttgart stattfinden, mitsamt eines Bürger*innenfests auf dem Schlossplatz. So bringen wir unsere Themen mitten in die Gesellschaft. Denn wir sind tagtäglich mittendrin. Sind selbst aus der Mitte der Gesellschaft und aktiv für die Gesellschaft.

Und wir wollen ehrenamtliches Engagement ehren! Mit einem Jugendpreis, einem Medienpreis und einem Innovationspreis wollen wir in drei Kategorien Projekte auszeichnen, die einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Der #PariEngage Award wird am 20. September erstmals verliehen und wir freuen uns, dass Sozialminister Manne Lucha diesen Award als Schirmherr unterstützt. Sind auch Sie dabei!

Ihre
Uta-Micaela Dürig
Vorständin Sozialpolitik

Ihr
Ulf Hartmann
Vorstand Finanzen & Mitgliederberatung

Krisenfest

Chancen erkennen trotz widriger Umstände

Der Begriff Resilienz ist in vielen Kontexten zu finden. Die Bedeutungen sind ähnlich: Die einen sprechen von De-Fokussieren statt zu fokussieren.

„Resilienz beinhaltet ein „sowohl als auch“-Denken – „Resilienz als eine Evolutionskompetenz im Sinne von Anpassung an sich verändernde Umstände“.



Die anderen nennen als Voraussetzung, dass trotz widriger Umstände auch noch Chancen erkannt werden können, insgesamt **sieben Säulen für Resilienz**

- Optimismus
- Akzeptanz
- Lösungsorientierung
- Selbstfürsorge
- Netzwerkorientierung
- Selbstwirksamkeit
- Zukunftsorientierung

Ursprünglich stammt der Begriff aus der **Physik** und bezeichnet die Eigenschaft eines Stoffes, nach großer Außeneinwirkung wieder in die ursprüngliche Form zurückzuspringen (*lateinisch resiliere = „zurückspringen“, „zurückprallen“.*

In der **Psychologie** dient das Wort Resilienz als Bezeichnung, dass resiliente Menschen sogar gestärkt aus Krisen hervorgehen.

Auf **Organisationen und Institutionen** bezogen wird Resilienz heute für solche genutzt, die es lernen, sich auf künftige Krisen und neue Herausforderungen vorzubereiten.

Dies passt auch auf das chinesische Schriftzeichen für Krise: Es beinhaltet zwei Silben, die einzeln gelesen die Worte „**Gefahr**“ und „**Chance**“ bedeuten. Darin spiegelt sich die Einstellung, dass in keiner Krise nicht auch noch etwas Gutes (eine Chance) zu finden sei. Also: Das Glas halbvoll, nicht halbleer sehen.

” Aus einer Not eine Tugend machen! “

Professor Dr. Alexis v. Komorowski

Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, zur Krise des Personalmangels in allen Sektoren und die Möglichkeit, neue Wege zu gehen.

” Kommunikation ist der Schlüssel für Bildung. “

Markus Fertig

Betroffenenvertreter im Aufsichtsrat des Paritätischen Baden-Württemberg

” Um klar zu sehen, genügt oft ein Wechsel der Blickrichtung. “

Antoine de Saint-Exupéry

Französischer Schriftsteller

” Irritationen sind die Voraussetzung fürs Lernen. “

Dr. Cornelia Heintze

Sozialwissenschaftlerin, Politologin, ehemalige Stadtkämmerin, zu Möglichkeiten, wie man Wandel initiiert.

” Es ist absolut notwendig, Betroffene an den Tisch zu holen, gerade auch in kritischen Zeiten! Nur gemeinsam können wir Lösungen erarbeiten und Zukunft gestalten. “

Simone Fischer

Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, zur kritischen Situation der vielen Barrieren nach wie vor in der Gesellschaft.

Was bedeutet Resilienz in Bezug auf soziale Arbeit?

Es bedeutet in erster Linie Vielfalt und Wirkung! So gibt es Resilienz in verschiedenen Lebenslagen: Resilienzförderung bei Kindern unter und ab drei Jahren durch pädagogische Fachkräfte, Resilienz in Familien, Resilienz in der Schule, Resilienz im Lehrberuf zum Erhalt der Gesundheit von Lehrer*innen, Resilienz in der Sozialpsychiatrie, Resilienzförderung zur Stärkung von Communities, Resilienz zur Förderung der Integration von Flüchtlingen, Resilienz in Bezug auf Stadtentwicklung zur Stärkung eines Mikroklimas im Kontext von steigenden Temperaturen aufgrund des Klimawandels, um Hitzetoten entgegenzuwirken, und Resilienz im Hinblick auf einen nachhaltigen Bestand von Sozialunternehmen angesichts steigender Kosten und stabiler oder sinkender Zuwendungen der Kommunen.

Flexibel und proaktiv auf Krisen agieren

Krisen zu bewältigen und sich ständig wandelnden Herausforderungen zu stellen heißt frühzeitig Veränderungen zu erkennen, sich proaktiv einzustellen und flexibel agieren zu können. Fragen wie „Was ist morgen gefragt?“, „Was müssen wir können, um weiter gut zu arbeiten?“, „Welche anderen Bedarfe haben unsere Nutzer in Zukunft und wie können wir diese decken und was ist dafür notwendig?“, „Was brauchen wir, um auch in Zukunft krisenfest zu sein?“ Diesen Fragen stellen wir uns tagtäglich auch im Paritätischen.

Im 21. Jahrhundert, darin sind sich alle Experten einig, kommt es mehr noch als früher auf Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, ständiges Lernen und Ideenreichtum aller an. „Risikointelligenz ist eine Grundvoraussetzung, um sich in einer modernen technologischen Gesellschaft zurechtzufinden.“

Die halsbrecherische Geschwindigkeit der technischen Entwicklung wird die Risikointelligenz im 21. Jahrhundert so unentbehrlich machen, wie es Lesen und Schreiben in früheren Jahrhunderten waren“, schrieb der bekannte Kognitionspsychologe Prof. Dr. Gerd Gigerenzer schon 2013. Dabei meinte er, dass Risikokompetenz ausgebaut werden müsse, nämlich „die Fähigkeit, auch mit Situationen umzugehen, in denen nicht alle Risiken bekannt und berechnet werden können“ – denn das ist das Umfeld, in dem wir leben.

Angesichts multipler Krisen, eines beschleunigten technologischen Wandels und eines enormen Arbeits- und Fachkräftemangels brauchen wir heute mehr noch als früher Resilienz, Risikokompetenz und eine Stärkung von Gesellschaft und Organisationen. Panik ist vielleicht ein Erstreflex, aber nicht hilfreich, Frustrationstoleranz schon eher.

Zusammenhalt, Kooperation, Mut und Engagement

Szenarien-Entwicklungen, Backcasting, Narrative Foresight, Design Thinking, Früherkennung, Fehlerkultur, Heuristik, Intuition, Take-the-best-Ansatz, Ungewissheits-Management und Wahrscheinlichkeits-Berechnungen – viele Methoden können wir anwenden, um vorbereitet zu sein und proaktiv zu agieren. Doch das Beste ist: gemeinsamer Zusammenhalt, Kooperation, Mut und Engagement. Daraus entstehen die besten Lösungsansätze für eine ungewisse Zukunft.

50.000 Ehrenamtliche und 80.000 Hauptamtliche beim Paritätischen in Baden-Württemberg haben viel Herzblut, Optimismus, Lösungsorientierung, Elan und vieles mehr für andere Menschen. Damit dies auch noch in Zukunft so bleibt, braucht es auch politische Verbindlichkeit.



Kontakt

Uta-Micaela Dürig, Vorständin
Der Paritätische Baden-Württemberg
duerig@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

Begrifflichkeiten

Risikokompetenz

Die Fähigkeit, auch mit Situationen umzugehen, in denen nicht alle Risiken bekannt sind und berechnet werden können. Ohne die Bereitschaft, Risiken einzugehen, gibt es keine Innovation.

Heuristik

Eine Faustregel oder Heuristik ist eine bewusste oder unbewusste Strategie, die Teile der Information ausklammert, um bessere Urteile zu fällen. Heuristiken sind notwendig in einer Welt, in der nicht alle Risiken bekannt sind.

Take-the-Best-Ansatz

Eine Heuristik, um festzustellen, welche von zwei Alternativen einen besseren Wert bei einem Kriterium aufweist inklusive Suchregel, Stoppregel und Entscheidungsregel.

Ungewissheit

Ungewissheit verlangt Werkzeuge, die über die Wahrscheinlichkeitstheorie hinausgehen, zum Beispiel intelligente Faustregeln (Heuristiken).

Intuition

Eine Intuition oder Bauchgefühl ist ein Urteil, das rasch im Bewusstsein auftaucht, dessen tiefere Gründe uns nicht vollständig bewusst sind, das aber stark genug ist, das wir danach handeln. Eine Intuition ist eine Form unbewusster Intelligenz.

Fehlerkultur

Die Art und Weise, wie Einzelne oder Institutionen mit Fehlern umgehen. In einer positiven Fehlerkultur werden Fehler zugeben, damit man ihre Ursachen analysieren und sichere Bedingungen schaffen kann.

Früherkennung/Horizon Sourcing

Ein Thema, was aufkommen wird, frühzeitig erkennen.

Szenarien-Entwicklungen

Mit verschiedenen Szenarien Maßnahmen-Optionen bilden und bewerten, dadurch mehr Auswahl der Optionen und konkreter Maßnahmen finden.

Wahrscheinlichkeit

Ein Maß, das die mit einem Ereignis verknüpfte Ungewissheit quantifiziert.

Frustrationstoleranz

bezeichnet die individuelle Fähigkeit, Frustrationen zu ertragen, mit Rückschlägen fertigzuwerden und in schwierigen Situationen nicht sofort aufzugeben.

Design-Thinking

Unter Design Thinking wird eine spezielle Herangehensweise zur Bearbeitung komplexer Problemstellungen verstanden; Design Thinking ist dabei zugleich eine Methode, ein Set an Prinzipien, eine spezielle Denkhaltung und ein Prozess mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Instrumenten; wesentliches Kennzeichen ist die fokussierte Anwenderorientierung.

Resilienz-Faktoren

Optimismus, Akzeptanz, Lösungsorientierung, Selbstfürsorge, Netzwerkorientierung, Selbstwirksamkeit, Zukunftsorientierung.

Narrative Foresight

Fiktive Wirklichkeiten fördern kreatives Denken.

Backcasting

Analyse der ursächlichen Ereignisse.

Quellen: Gerd Gigerenzer: „Risiko – Wie man die richtigen Entscheidungen trifft“, C. Bertelsmann Verlag; Duden; Lexikon der Psychologie; Gabler Wirtschafts-Lexikon; Bundesakademie für Sicherheitspolitik



Heute am Abgrund, morgen schon einen Schritt weiter?

Auswirkungen der Krise(n) auf die Sozialwirtschaft

Die vergangenen Jahre waren und sind Zeiten multipler Krisen und veritabler Katastrophen. Das hat vielfältige Ursachen. Eine davon ist, dass gesellschaftliche Mechanismen der Risikovorsorge seit den 1990er Jahren reduziert wurden. Liest man das Buch „Risikogesellschaft“ des Soziologen Ulrich Beck aus dem Jahr 1986 neu, findet man viele der damaligen Risiken als gegenwärtige Krisen verwirklicht. Seit seinem Erscheinen ist kollektive Risikovorsorge zugunsten des Marktes geschwächt worden, häufig auch zu Lasten der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege und der dort engagierten Menschen.

Weitere gesellschaftspolitische Stationen auf dem Weg waren die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit 1990 und die in den Folgejahren betriebene Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, die Einführung und stärkere Ökonomisierung der Pflege und des Krankenhausbereichs, die Abkehr von der Lebensstandardsicherung in der Alterssicherung und schließlich die Hartz-Gesetze. Unsere Gesellschaft wurde damit krisenanfälliger. Mit den betroffenen Menschen spürt die Wohlfahrtspflege die Folgen dieser Entwicklung besonders stark.

Die vergangenen Jahre haben dabei Spuren hinterlassen. Mit der Pandemie wurden vor allem soziale Einrichtungen und Dienste mit Mehrausgaben bei gesunkenen und teilweise weggebrochenen Einnahmen konfrontiert. Steigende Personalkosten und inflationsbedingte Kostensteigerungen, von denen gestiegene Energiekosten nur einen Teil ausmachten, haben die Rücklagen vieler Organisationen aufgezehrt. Das trifft die Träger in einer Situation äußerster Verwundbarkeit.

Dringend notwendige Unterstützungsmaßnahmen müssen immer wieder neu erkämpft werden. Die Unterstützungsmöglichkeiten durch das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (So-dEG) zu Beginn der Pandemie waren lange umstritten. Die „Systemrelevanz“ der sozialen Infrastruktur geriet schnell wieder in Vergessenheit. Mit den dramatischen Kostensteigerungen für Energie und Wärme im Herbst 2022 gerieten viele soziale Einrichtungen und Dienste in akute Gefahr, ohne dass zusätzliche Hilfen selbstverständlich gewesen wären. Gleichmaßen als Bestandsaufnahme und Hilferuf hat der Paritätische am 21. Oktober 2022 die Ergebnisse einer Online-Umfrage unter seinen Mitgliedsorganisationen vorgestellt. An der Umfrage hatten sich zuvor innerhalb weniger Tage 1.366 Paritätische Einrichtungen und Dienste beteiligt. Die Ergebnisse waren erschütternd: 90 Prozent der Befragten sahen ihre Einrichtungen gefährdet. 46 Prozent gaben an, ohne zusätzliche Hilfen weniger als ein Jahr durchhalten zu können. 77 Prozent gaben an, dass ihnen die Mittel fehlten, in regenerative Energien und Klimaschutzmaßnahmen investieren zu können. Der Handlungsbedarf war dadurch deutlich markiert. Die Veröffentlichung der Ergebnisse während der Erarbeitungszeit von Vorschlägen der durch das Bundeswirtschaftsministerium eingesetzten Expertenkommission zu Gas und Wärme, flankiert durch die Beteiligung des Paritätischen an Demonstrationen für einen „Solidarischen Herbst“, haben einen Beitrag dazu geleistet, dass Bund und Länder in dieser Situation zusätzliche Hilfen für die soziale Träger bereitgestellt haben.

Die Finanzsituation gemeinnütziger Dienste muss strukturell erheblich verbessert werden

Die vorerst jüngste Unterstützung ist ein neuer Härtefallfonds für gemeinnützige Träger im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Familien, Frauen, Senioren und Jugend. Ab dem 15. Juni 2023 können daraus unter bestimmten Umständen Mittel beantragt werden.¹ Solche Hilfen waren und sind nötig. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzsituation gerade der gemeinnützigen Dienste strukturell erheblich verbessert werden muss. Dauerhafte Mehrausgaben erfordern eine deutlich bessere, nachhaltige Finanzierung. Davon sind wir noch weit entfernt: „Von den Kitas, der Pflege über den offenen Ganztage bis hin zu Frauenhäusern und Migrationsberatung. Den Einrichtungen und Diensten steht das Wasser bis zum Hals, die Lage ist mehr als kritisch“, so resümierte der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege NRW, Christian Woltering, Anfang Juni in einer kritischen Bestandsaufnahme. Dieser Befund gilt nicht nur über die verschiedenen Arbeitsfelder der Wohlfahrtspflege, er gilt bundesweit.

Beispiel ambulante und stationäre Altenpflege

Die ambulante und stationäre Altenpflege bietet ein besonders eindrückliches Beispiel für die Entwicklungen. Nachdem mehrere große Anbieter Insolvenz anmelden mussten, sprach etwa die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) im Frühjahr 2023 bereits von einer »Pleitewelle«² in der Branche. Viele weitere Bestandsaufnahmen und Analysen be-

stätigten seitdem diese Entwicklungen. Noch gibt es etwa 11.700 Heime in Deutschland. Allein im vergangenen Jahr verschwanden jedoch nach Angaben des Informationsportals Pflegemarkt.de 142 Heime und 431 Pflegedienste vom Markt. Im ersten Quartal 2023 ist von bereits 200 Insolvenzen die Rede – eine fatale Entwicklung in einer Situation, in der der Bedarf an Pflege aufgrund des demografischen Wandels stetig steigt. Die Ursachen des gewachsenen Drucks auf die Träger sind vielfältig. Der Mangel an Pflegekräften zählt dazu. Träger, die fehlende Fachkräfte über Leiharbeitende ausgleichen, müssen für diese deutliche Mehrausgaben in Höhe des etwa des zwei- bis dreifachen der regulären Löhne aufwenden. Ausgaben in dieser Höhe werden von den Pflegekassen jedoch nicht refinanziert. Kann ein Verlust an Pflegekräften nicht durch Neueinstellungen oder Leiharbeitende kompensiert werden, droht wegen der vorgeschriebenen Fachkraftquoten eine Einschränkung des Leistungsangebotes. Das stürzt Pflegebedürftige in Unsicherheit und gefährdet den wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtungen.

” Von den Kitas, der Pflege über den offenen Ganztage bis hin zu Frauenhäusern und Migrationsberatung. Den Einrichtungen und Diensten steht das Wasser bis zum Hals, die Lage ist mehr als kritisch. “

Christian Woltering, Vorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege NRW

Inflationsbedingten Preissteigerungen eine zusätzliche Belastung

Die inflationsbedingten Preissteigerungen sind trotz der inzwischen in Kraft getretenen Kostenbremsen eine zusätzliche Belastung. Steigende Lebensmittel-, Heizungs-, Strom- und Spritpreise belasten ambulante und stationäre Einrichtungen, die an laufende Verträge mit Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und Gepflegten gebunden sind. Verträge mit den Pflegekassen und örtlichen Sozialhilfeträgern müssen, um zu höheren Entgelten zu kommen, in einem aufwändigen Verfahren neu verhandelt werden. Die gestiegenen Kosten werden in dieser Zeit nicht refinanziert, entsprechend gering ist häufig das Interesse der Kassen und Sozialhilfeträger an schnellen Abschlüssen. Während solche Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen, die in der Hand von großen, profitorientierten Unternehmen sind, über genügend Rücklagen aus Gewinnen verfügen, um diese Zeiten zu überbrücken, und öffentliche Träger durch die öffentliche Hand gestützt werden, ist das bei gemeinnützigen und kleinen, oft familiär geführten gewerblichen Diensten und Einrichtungen häufig nicht der Fall. Viele von ihnen sind ohnehin bereits durch die mit der Pandemie verbundenen Mehrbelastungen an

Zum Weiterlesen

Paritätischer Gesamtverband 2022: Dramatische Kostensteigerungen gefährden den Bestand sozialer Einrichtungen und Dienste. Ergebnisse einer Befragung unter Paritätischen Mitgliedseinrichtungen. Berlin:

https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Seiten/Presse/docs/umfrage-energiekosten-2021_web.pdf



Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung über den „Brandbrief“ der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen vom 2. Juni 2023

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/soziales-wuppertal-soziale-traeger-mit-brandbrief-an-wuest-lage-ist-kritisch-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230602-99-921447>



„Ein Schritt vom Aufstand entfernt“ – Kommentar von Thorsten Mittag, Referent für Altenhilfe und Pflege im Paritätischen Gesamtverband e.V., zum Internationalen Tag der Pflegenden:

<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/kommentar-zum-internationalen-tag-der-pflegenden-einen-schritt-vom-aufstand-entfernt/>



„Für Menschen, nicht Märkte“ – Positionspapier des Paritätischen Gesamtverbandes e.V. vom 4. Dezember 2020

https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Gemeinnuetzigkeit/Docs/Positionspapier_FuerMenschen_NichtMaerkte.pdf



den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und drohen, durch die unvorhergesehenen Preissteigerungen über die Grenzen ihrer Belastbarkeit hinaus beansprucht zu werden.

Verstärkte Ökonomisierungstendenzen

Auch die Pflegebedürftigen sind längst am Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten angekommen, immer größere Anteile sogar schon darüber hinaus gegangen. Schon zu Beginn der Inflation waren die Kosten gerade einer vollstationären Pflege erheblich. Trotz zusätzlicher Entlastungen und einer Rentenerhöhung waren 2022 mehr als 30 Prozent der Heimbewohner*innen auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Deren Zahl ist seitdem erneut gestiegen. Der Kostendruck auf Betroffene, Einrichtungen und Dienste bleibt hoch. Gerade profitorientierte Fondsgesellschaften und Ketten können diese Situation für sich nutzen und Marktanteile ausbauen. Kleine, gemeinnützige Träger ohne große Kapitalreserven haben unter diesen Bedingungen das Nachsehen. Die Folge ist, dass einer Branche, deren Leistungsfähigkeit mit ihren Beschäftigten und den auf gute Pflege angewiesenen Menschen durch die Stärkung der Profitorientierung extrem gelitten hat, nun eine neue Runde verstärkter Ökonomisie-

rungstendenzen droht. Die gegenwärtige Inflationskrise trägt dadurch bereits die Potenziale für zukünftige Krisen in sich.

Paritätischer fordert Vorrang für Gemeinnützigkeit

Die Inflation trifft nicht alle Menschen gleich, und sie trifft auch nicht alle Unternehmen gleich. Sie kann verheerende Folgen gerade für die sozialen Einrichtungen und Dienste haben, die in den vergangenen Krisen dazu beigetragen haben, die Krisenfolgen abzufedern und auszugleichen. Das ist fatal, denn Renditen kommen auch in der Pflege nicht aus dem Nichts, für sie zahlt jemand einen Preis. Nämlich die Beschäftigten durch zu niedrige Löhne, die Pflegebedürftigen durch eine zu schlechte Versorgungsqualität und wir alle durch eine ausgedünnte und vernachlässigte Infrastruktur. Das ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler forderte deshalb: „Versorgungsverträge sollten nur noch mit gemeinnützigen beziehungsweise kommunalen Pflegeeinrichtungen geschlossen werden.“³ Im österreichischen Burgenland ist man diesen Schritt bereits gegangen. Mit dem 2019 beschlossenen Sozialeinrichtungsgesetz wurde beschlossen, dass Leistungsanbieter von Behinderten- und Pflegeeinrichtungen, die Landesmittel beziehen, nach einer Übergangszeit von vier Jahren gemeinnützig wirtschaften müssen. Die Wiedereinführung eines Vorrangs gemeinnütziger Träger gehört deshalb oben auf die politische Tagesordnung. Im Bereich Wohnen hat sich die Bundesregierung bereits darauf verständigt, die Wohngemeinnützigkeit wieder einzuführen. Weitere Bereiche müssen folgen.

Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen sind Vertrauensdienstleistungen. Vertrauen entsteht, wächst und besteht aber nur dort, wo Renditeerwartungen aus dem Spiel sind, qualitative hochwertige Dienstleistungen koproduziert werden und finanzielle Rahmenbedingungen über das Notwendigste hinaus Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Die Freie Wohlfahrtspflege ist wie kein anderer Akteur in der Lage, das einzulösen. „Vorrang für Gemeinnützigkeit“, diese Forderung des Paritätischen ist heute aktueller denn je.



Kontakt

Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter Sozial- und Europapolitik, Leiter des politischen Verbindungsbüros Der Paritätische Gesamtverband Berlin sozialpolitik@paritaet.org, www.paritaet.org

- 1 Weitere Informationen dazu finden sich im Internetauftritt des BMFSFJ: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/gemeinnuetzige-organisationen-und-einrichtungen-bei-energiekosten-entlasten-226216>, Stand: 14.06.2023.
- 2 Quelle: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/pflege-in-not-warum-es-bei-altenheimen-eine-pleitewelle-gibt-18721366.html, letzter Abruf: 14.06.23.
- 3 www.verdi.de/presse/pressemittelungen/++co++133915b6-91bc-11ed-939f-001a4a16012a

Die Sozialwirtschaft steht vor großen Herausforderungen

**Dialog und gegenseitiges Zuhören,
um gemeinsam gute Lösungen zu finden**

Die Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg steht unter einem großen Druck. Enorme Kostensteigerungen und akuter Personalmangel bringen einige Einrichtungen und Dienste in eine wirtschaftlich schwierige Situation und gefährden insgesamt die soziale Infrastruktur im Land. Darüber sprach Paritätinform mit Manne Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg.

Welchen Stellenwert messen Sie den sozialen Einrichtungen im Land bei im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Das Miteinander der Menschen in einem Gemeinwesen – einer Kommune, einem Stadtviertel oder im ganzen Land – ist eine der Grundlagen unserer Gesellschaft. Es geht hier am Ende um die Frage, was uns im Gemeinwesen zusammenhält, obwohl die Lebenslagen sehr unterschiedlich sein können. Die sozialen Einrichtungen sind unverzichtbar, um die Teilhabe von Menschen an einem Leben in der Gemeinschaft zu unterstützen und um den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten. Häufig sind diese in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände. All den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich sehr herzlich für ihren Einsatz. Sie sind tagaus und tagein im Einsatz für diejenigen da, die in besonderen Situationen auf Hilfe angewiesen sind. Die Wohlfahrtsverbände und die Kommunen spannen mit ihren Einrichtungen ein dichtes Netz für die Menschen im Land, damit sie bei Problemen Hilfe finden. Dazu gehört es auch, Menschen so zu unterstützen, damit sie sich langfristig selbst helfen können. Ebenso dazu gehört gesellschaftliches und sozialpolitisches Engagement, um die strukturellen Benachteiligungen, denen einige Menschen ausgesetzt sind, zu beenden. Denn nur wenn alle selbstbestimmt leben, am Leben in der Gesellschaft teilhaben und aus eigenen guten Gründen selbst gewählte Entscheidungen treffen können, ist – trotz aller Unterschiedlichkeiten – ein respektvolles, wohlwollendes Miteinander auf Augenhöhe möglich. Dies ist die Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Einsatz der sozialen Einrichtungen ist umso wichtiger, seit die Corona-Pandemie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg beeinträchtigt hat. Dies ist

auch das Ergebnis unserer Studie, die wir gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt haben. Die Bürgerinnen und Bürger haben heute weniger Vertrauen in ihre Mitmenschen und in Institutionen. Die sozialen Netze, die Solidarität und die Hilfsbereitschaft im Land sind nach Ansicht der Befragten durch die Pandemie zurückgegangen. Hierauf müssen wir unsere politischen Strategien, Unterstützungsangebote und Förderprogramme ausrichten. Dazu gehören unter anderem unsere Förderprogramme in der Pflege, im Bereich Quartiersentwicklung sowie unsere Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut und die Förderung der Tafeln, aber auch der verlässliche Zuschuss des Landes an die Liga der Freien Wohlfahrtspflege.

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage zur Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg ein?

Die Sozialwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Die Situation der sozialen Dienstleister ist derzeit durch unterschiedliche Problemlagen geprägt. Dabei spielen der Personalmangel sowie die Personalkostensteigerungen, die Folgen der Corona-Pandemie, die Inflation sowie die erheblichen Energiekostensteigerungen, unter anderem im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, eine große Rolle. Die Problemlagen treffen aber nicht nur die Sozialwirtschaft. Die Kosten für Lebensmittelpreise, Verbrauchsmaterialien oder Dienstleistungen sind für alle Menschen stark angestiegen. So vielschichtig die Herausforderungen sind, so vielschichtig und unterschiedlich organisiert und positioniert sich auch die Sozialwirtschaft. Daher ist es mit pauschalen Feststellungen, Forderungen oder Unterstützungen nicht getan. Aufgrund der immer komplexeren Zusammenhänge und Gegebenheiten müssen wir genau hinschauen, um in gemeinsamer Verantwortung die Herausforderungen zu meistern.



” Ich denke, dass aufgrund der geschilderten Problemlagen, aber auch aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, die zu anderen Unterstützungsbedarfen für Menschen führen, sich die Angebotslandschaft der sozialen Dienstleister grundlegend verändern muss. Hierbei braucht es Vernetzungen und gemeinsame Angebote, welche einrichtungs- und verbandsübergreifend aufgestellt sein könnten. **“**

Viele kleinere soziale Einrichtungen sind durch die enormen Kostensteigerungen in einer finanziell prekären Situation. Dazu kommt die Finanznot der Kommunen. Was kann das Land tun, um die soziale Infrastruktur und Versorgungssicherheit der Menschen im Land nicht zu gefährden?

Die Situation der sozialen Dienstleister ist sehr heterogen und sie sind innerhalb des Landes sehr unterschiedlich betroffen. Des Weiteren sind die Zuständigkeiten der Kostenbeziehungsweise Förderträgerschaft sehr vielschichtig. Von den beschlossenen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen des Bundes profitieren die sozialen Dienstleister sehr unterschiedlich. Um als Sozialministerium zusammen mit anderen Ressorts der Landesregierung differenziert vorgehen zu können, ist das Land mit den Vertretern der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege im regelmäßigen Gespräch, beispielsweise in Formaten wie dem Landespflegeausschuss. Aus diesen Erfahrungen heraus kann ich sagen, dass Hilfen im Gießkannenprinzip oder als Schnellschuss nicht helfen, aber der Dialog und das gegenseitige Zuhören eine wichtige Grundlage bilden. Unterstützungen müssen an den Stellen wirken, an denen sie auch tatsächlich benötigt und auch umgesetzt werden können. Hierzu müssen wir weiter in Kontakt bleiben. Ich setze darauf, dass wir auch in Zukunft gemeinsam gute Lösungen finden werden.

Wenn Sie zehn Jahre in die Zukunft schauen: Wie ist die Situation dann in Baden-Württemberg und welche neuen Aufgaben werden Wohlfahrtsverbände in Zukunft wahrnehmen?

Auch in Zukunft brauchen wir unbedingt die Angebote und Unterstützungsleistungen der sozialen Dienstleister. Weiterhin wird es die Rolle der Wohlfahrtsverbände sein, als soziale Dienstleister, als Lobby für insbesondere benachteiligte Personengruppen und als Impulsgeber für die Landesregierung bei der Gestaltung der Sozialpolitik zu wirken. Ich denke, dass aufgrund der zuvor geschilderten Problemlagen, aber auch aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, die zu anderen Unterstützungsbedarfen für Menschen führen, sich die Angebotslandschaft der sozialen Dienstleister grundlegend verändern muss. Hierbei braucht es Vernetzungen und gemeinsame Angebote, welche einrichtungs- und verbandsübergreifend aufgestellt sein könnten. Auch die Gesellschaft in die Unterstützungsstrukturen einzubeziehen, zum Beispiel über Ehrenamt und Quartier, wird weiter an Bedeutung gewinnen. Ich habe nicht die Sorge, dass die sozialen Dienstleister nicht mehr benötigt werden. Sie sind schon heute nahe am Menschen und darauf wird es auch in Zukunft ankommen – ganz besonders in Zeiten mehrerer Krisen.

Kontakt

Markus Jox, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecher,
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Integration
Baden-Württemberg
markus.jox@sm.bwl.de
www.sozialministerium-bw.de

Auswirkungen der Krise(n) auf die Sozialwirtschaft

Statements der Landtagsfraktionen

» Freie Wohlfahrtspflege ein unerlässlicher Partner für zielgerichtete und passgenaue Hilfen

Für mich ist es Aufgabe des Sozialstaates, den Freiraum der Menschen zur Selbstentfaltung zu wahren und sie dort zu schützen, wo sie Schutz benötigen. Trotzdem sind dem Ausbau der sozialen Angebotsstruktur in finanzieller Hinsicht Grenzen gesetzt. Deshalb ist es besonders wichtig, Aufgaben zu priorisieren und die Überforderung der finanziellen Möglichkeiten unserer Gesellschaft zu vermeiden.



© Sven O. Schiebel

Kontakt

Ansgar Mayr MdL
CDU-ansgar.mayr@cdu.landtag-bw.de
kontakt@ansgar-mayr.de

Zielgerichtete und passgenaue Hilfen sind zwingend notwendig. Dafür ist die freie Wohlfahrtspflege ein unerlässlicher Partner. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, die Energiepreis- und Inflationsentwicklung sowie bereits erfolgte oder noch zu erwartende Lohnsteigerungen stellen sie ebenso vor große Herausforderungen, wie der Arbeitskräftemangel, der anhaltende Flüchtlingsstrom oder die chronische Unterfinanzierung. Die sozialen Dienste konkurrieren als Arbeitgeber auf einem zunehmend knapper werdenden Arbeitskräftemarkt. Deshalb ist es wichtig, die Arbeitgeberattraktivität zu steigern, insbesondere durch die Entlastung der Mitarbeitenden z.B. durch Einsatz moderner Technik und insbesondere auch durch Innovationen. Auch an der Personalgewinnung im Ausland wird dauerhaft kein Weg vorbeiführen. Ein bundesweiter Inflationszuschuss ist als Ausgleich für die gestiegenen Sachkosten ebenfalls dringend notwendig. Wichtig ist mir insbesondere auch der Bürokratieabbau. Dokumentation und Verwaltung ist notwendig. Allerdings sollte nicht der Großteil der Arbeitszeit damit zugebracht werden. Stets sollte der Mensch im Mittelpunkt unserer Arbeit, insbesondere auch bei der Sozialen Wirtschaft, stehen.

» Die Antwort auf die Krisen unserer Zeit muss Solidarität sein

Klimakrise, Pandemien und der Krieg in der Ukraine. Dazu der Fachkräftemangel und der demografische Wandel. Gerade ist Krise bei jedem Thema auf der Tagesordnung. Ohne die Wohlfahrtsverbände wären sie für uns als Gesellschaft



Kontakt

Dr. Dorothea Kliche-Behnke MdL
SPD-Landtagsfraktion
dorothea.kliche-behnke.wk2@spd.landtag-bw.de

nicht zu stemmen. Deshalb ist klar: Die Frage, wie sich finanzielle Spielräume ändern, darf nicht auf Kosten der sozialen Arbeit und Infrastruktur gehen. Und an all diejenigen, die jetzt mit knappen Kassen kommen: Das Land Baden-Württemberg hat im vergangenen Jahr einen Haushaltsüberschuss von 6,6 Milliarden Euro erwirtschaftet. Unter anderem deshalb setzt sich die SPD im Landtag für eine auskömmliche Finanzierung der sozialen Infrastruktur ein: Zuletzt habe ich in einem Gesetzentwurf eine Grundfinanzierung für die Frauenhäuser in Baden-Württemberg gefordert. Wir nehmen wahr,

dass Bereiche der Sozialwirtschaft wie Pflege, Integrationsangebote, Suchthilfe, Gewaltschutz, Eingliederungshilfe und andere zunehmend unter Druck geraten. Aber gerade in Zeiten der Krise sind der Schutz vulnerabler Gruppen und soziale Teilhabe von größter Bedeutung. Sie sichern den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Viele reden in diesem Kontext momentan von „Resilienz“, ein Begriff, der ursprünglich aus den Naturwissenschaften stammt und in den letzten Jahren zum Modewort geworden ist. Wichtig hierbei ist: Resilienz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und keine individuelle. Die Antwort auf die Krisen unserer Zeit muss Solidarität sein.



» Weniger Regulierungen und mehr innovative und niederschwellige Lösungen

Ich möchte zuerst einmal die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Beschäftigten der Sozial- und Gesundheitswirtschaft von Herzen zu bedanken. Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist von herausragender Bedeutung für unser Gemeinwesen.



Kontakt

Jochen Haußmann MdL, Gesundheitspolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP/DVP-Landtagsfraktion
jochen.haussmann.ma2@fdp.landtag-bw.de, www.jochen-haussmann-fdp.de

Die Corona-Pandemie hat die Probleme mehr als deutlich gemacht. Fachkräftemangel, zunehmende Bürokratie und Nachholbedarf bei der Digitalisierung, steigende Inflation und Kosten haben die Sozialwirtschaft unseres Landes in den letzten Jahren enorm auf die Probe gestellt. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft insgesamt in Baden-Württemberg immer mehr unter Druck kommt und die Investitionsentscheidungen immer mehr außerhalb unseres Landes fallen. Uns sollte allen klar sein, wie wichtig und dringend notwendig eine gute volkswirtschaftliche Entwicklung ist.

Die zunehmenden Regulierungen, geprägt von einer Misstrauenskultur in Politik und Verwaltung, nimmt der Sozialwirtschaft die Luft für innovative und niederschwellige Lösungen.

Ein weiter so darf es nicht geben. Ich habe mit einem Zehn-Punkte-Programm der FDP-Landtagsfraktion konkrete Vorschläge gemacht, wie wir beispielsweise im Bereich der Altenpflege Impulse setzen können. Die Landespolitik verharrt in der Sozialwirtschaft noch viel zu sehr auf festgefahrenen Pfaden, anstatt beherzt und mutig voranzugehen. Offensichtlich ist es noch nicht angekommen, welche Herausforderungen bereits da sind, vor allem aber, welche durch den demografischen Wandel in großer Dynamik auf uns zu kommen. Nutzen wir die Potenziale und sorgen wir für Arbeitsbedingungen in der Sozialwirtschaft, die es attraktiv machen, diese wichtigen sozialen Berufe zu ergreifen.

» Investitionen in die soziale Infrastruktur bringen einen vielseitigen gesellschaftlichen Mehrwert

Damit die Sozialwirtschaft in Zeiten multipler Krisen nicht selbst zur Krisenpatientin wird, bedarf es einer intensiveren Betrachtungsweise des Sozialen. Die Auswirkungen der Pandemie und des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine haben der Sozialwirtschaft Vieles abverlangt: Inflation, steigende Energiepreise, Personalmangel, aber vor allem ein über die eigenen Grenzen hinausgehender Einsatz vieler Mitarbeiter*innen haben dazu geführt, dass viele soziale Einrichtungen heute vor großen Herausforderungen stehen.



© Lena Lux

Kontakt

Petra Krebs MdL Stv. Fraktionsvorsitzende GRÜNE im Landtag, Vorsitzende Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Integration, Sprecherin für Soziales, Gesundheit und Pflege
petra.krebs.ma1@gruene.landtag-bw.de, www.petra-krebs.de

Es gibt Hilfsprogramme des Bundes und wir im Land setzen uns dafür ein, dass keine soziale Einrichtung eine Insolvenz anmelden muss. Das ist richtig. Gleichzeitig müssen wir uns als Gesellschaft die grundlegende Frage stellen, was uns eine resiliente soziale Infrastruktur wert ist.

Die nächsten Krisen werden kommen. In der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wird stets betont, dass eine Gesellschaft, die auf die Bedürfnisse von vulnerablen Gesellschaftsgruppen eingeht, weniger krisenanfällig ist. Eine nachhaltig wirksame soziale Infrastruktur ist demnach in unser aller Interesse – denn Investitionen in die soziale Infrastruktur bringen einen vielseitigen gesellschaftlichen Mehrwert; Stichwort: Social Return of Investment.

Leistungsgerechtere Vergütungen und bessere Arbeitsbedingungen sind einige wichtige Schlagworte, ebenso der Klimaschutz in der Sozialwirtschaft. Mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen können wir konsequenten Klimaschutz betreiben und gleichzeitig für finanzielle Entlastungen in der Sozialwirtschaft sorgen. Hier gibt es noch ein erhebliches Potenzial, das es auszuschöpfen gilt. Der Sozialwirtschaft ist damit doppelt geholfen.



Karriereplanung – ein Weg aus dem Fachkräftemangel

Lebenshilfe Donau-Iller initiiert neuen Studienbereich im Teilhabebereich

Der Fachkräfte- bzw. mittlerweile der generelle Kräftermangel bestimmt zunehmend den Alltag in Unternehmen in Deutschland. 2022 wurden mehr als 630.000 offene Stellen für Fachkräfte nicht besetzt. Hier ist der Gesundheits- und Sozialbereich laut der TU Darmstadt besonders betroffen. Welche Maßnahmen können hier entgegenwirken und wie kann man das als Sozialunternehmen proaktiv gestalten? Der folgende Artikel versucht, diese Fragen zu beleuchten.



„Lebenslanges Lernen“ lautet der Slogan der Lebenshilfe Donau-Iller. Zehn Fachkräfte des Sozialunternehmens mit 1.300 Mitarbeitenden können zukünftig akademisch fundiertes Fachwissen einbringen: Sie sind Teilnehmer*innen des neuen Studiengangs Gesundheitswissenschaften, Heilerziehungspflege und Management.

Bei der Lebenshilfe Donau-Iller ist aus dem Mangel an Fach- und Hilfskräften der Antrieb entstanden, neue Entwicklungs- und Karriereperspektiven im Beruf Heilerziehungspflege zu schaffen. Der gemeinsam mit der SRH-Hochschule und der Paritätischen Akademie Süd initiierte bundesweite Bachelor-Studiengang „Gesundheitswissenschaften, Heilerziehungspflege und Management“ startet im Frühjahr 2024.

Innovationsgeist statt Krisenstimmung

Die Lebenshilfe Donau-Iller versucht, dem Fachkräftemangel mit Innovationsgeist und Tatkraft zu begegnen und schafft für die Nachwuchskräfte gute Aussichten. Der demografische Wandel und die damit einhergehende Personalknappheit, gerade auch im sozialen Bereich, sind lange bekannt. Als eine Antwort darauf wurde bereits seit 2015 ein unternehmenseigenes Fort- und Weiterbildungsinstitut gegründet, um Mitarbeitenden ein lebenslanges Lernen und Entwickeln zu ermöglichen.

Weiterhin wurde analysiert, was den zahlenmäßig größten Mitarbeiter*innenpool, die Heilerziehungspfleger, besonders unterstützen könnte und dies auch mit einem ex-

ternen Vergleich mit der Situation in der generalisierten Pflegeausbildung. Auffallend war hier, dass Entwicklungs- und Aufstiegschancen nur bedingt zugänglich waren und auch eine praxisorientierte und fachspezifische Akademisierung in Deutschland nicht zugänglich ist.

Zusammenarbeit mit mobiler Hochschule und dem Paritätischen

Gemeinsam mit der SRH-Fernhochschule und der Paritätischen Akademie Süd konnte so ein Lehrprogramm für den Studiengang „Gesundheitswissenschaften, Heilerziehungspflege und Management“ entwickelt werden. In drei Semestern können die Fachkräfte aus der Behindertenhilfe auf der Basis ihrer dualen Ausbildung ihre Kenntnisse erweitern und sich akademische Fähigkeiten aneignen.

Studieninhalte

Das berufsbegleitende, mobile Studium an der SRH vermittelt Inhalte der Gesundheitswissenschaften und Angebotsstrukturen im Gesundheitswesen, über Teilhabe in theoretischer, juristischer und praktischer Dimension sowie Organisations- und Management-Knowhow. Neben elf

Curriculum Bachelor-Studiengang „Gesundheitswissenschaften, Heilerziehungspflege und Management“

Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung
Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung
Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung	Anrechnung aus Ausbildung
Wiss. Arbeiten – Grundlagen	Theorie und Praxis der Gesundheitswissenschaften	Angebotsstrukturen im Gesundheitssektor	Theorie und Praxis von Inklusion und Teilhabe	Digitalisierung und Innovation in der Teilhabe
Wiss. Arbeiten – Vertiefung	Recht der Teilhabe	Einführung in das Nonprofit Management	Projekt- und Change Management	Management 4 (tbd.)
Interprofessionelle Kommunikation	Wahlmodul 1	Wahlmodul 2	Bachelor-Thesis	

■ Kompetenzen für Studium und Beruf
 ■ Kernmodule
 ■ ■ Arbeitsfeld und Spezialisierung
 ■ Wahlmodule

Pflicht- und Spezialisierungskursen sind zwei Wahlmodule vorgesehen. Hier können die Studierenden sich mit vielfältigen Themen befassen, wie zum Beispiel:

- Krankheitslehre und Medikation
- Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation
- Gesundheitspsychologie oder -soziologie
- Angewandte Prävention – Ernährung – Bewegung-Entspannung
- Sozial- und Gesundheitspolitik
- Rehabilitationspsychologie
- Ernährungspsychologie und Ernährungslehre
- Neurorehabilitation

Das Studium findet vorwiegend virtuell statt und ist somit bundesweit verfügbar. Die Präsenzphasen mit Praxisbezug sind auch in Ulm geplant.

Zielgruppe des berufsbegleitenden Studiengangs

Der Studiengang richtet sich an Mitarbeitende aus dem Teilhabereich, die sich fachlich weiterqualifizieren möchten. Ob Berufserfahrene oder Berufseinsteiger*innen, der Studiengang an der Fernhochschule SRH ist für eine breite Zielgruppe attraktiv. Gemeinsam haben sie das Interesse, an einer gelingenden Gesellschaft mitzuwirken, den Inklusionsgedanken zu leben und täglich für Menschen mit Behinderung da zu sein. Im ersten Jahr werden voraussichtlich zehn Mitarbeitende der Lebenshilfe Donau-Iller den Studiengang absolvieren. „Ich will bei der Lebenshilfe am Menschen arbeiten und möchte gerne studieren“, formuliert Jessica ihre Motivation. Die 18-jährige ist aktuell im Freiwilligen Sozialen Jahr und möchte anschließend bei der Lebenshilfe bleiben. Bereits viele Jahre in der Heilerziehungspflege tätig, sagt Sarah: „Ich möchte junge Menschen für die Berufung der Heilerziehungspflege begeistern und weitere Entwicklungsmöglichkeiten gestalten.“ Mit einer fundierten akademischen Ausbildung aufbauend auf ihrer Ausbildung der Heilerziehungspflege, kann die 32-jährige sich als Fachkraft weiterentwickeln.

Weiterentwicklung für die soziale Organisation

Die kontinuierlichen Entwicklungschancen für Fachkräfte werden hier als maßgeblich für eine niedrige Fluktuation und eine hohe Mitarbeitenden-Zufriedenheit gesehen. Das Bundesteilhabegesetz hat einen Veränderungsprozess in der Eingliederungshilfe/Behindertenhilfe angestoßen, der von den Fachkräften weiterhin neue Denkweisen und die motivierte Umsetzung neuer Prozesse und Strukturen erfordert. Das berufsbegleitende, fachspezifische Studium birgt große Chancen. Die akademische Qualifizierung von Fachkräften kann weiterhin als Motor für das Changemanagement in sozialen Organisationen wirken.

Von der Fürsorge zur Selbstbestimmtheit

Die Professionalisierung im sozialen Sektor hat auch die Lebenshilfe Donau-Iller geprägt. Seit 1960 entwickelte sich aus dem Elternverein ein großes Netz an Beratungs-, Bildungs-, Betreuungs-, Freizeit- und Arbeitsangeboten mit nahezu 1300 Mitarbeitenden. In der Region Ulm/Neu-Ulm, zwischen Blaustein, Günzburg und Illertissen, begleitet der gemeinnützige Verein an über 35 Standorten rund 2.500 Menschen mit Behinderung. Im Mittelpunkt steht ihre Teilhabe an der Gesellschaft und ihre Selbstbestimmtheit. Von der Frühförderung über Kindergarten und Schule, von Wohnstätten und ambulant unterstütztem Wohnen bis zu Berufsbildung, vielseitigen Produktions- und Dienstleistungsbetrieben und der Inklusionsfirma widmet sich die Lebenshilfe Donau-Iller dem Ziel: Inklusion innovativ und menschlich gestalten.



Kontakt

Dr. Jürgen Heinz, Vorstandsvorsitzender
Lebenshilfe Donau-Iller e.V., Neu-Ulm
j.heinz@lhd.de
www.lebenshilfe-donau-iller.de

Das Kindersolbad in stürmischen Gewässern

In Krisenzeiten gibt es keine Zeit zum Durchatmen

Die Kindersolbad gGmbH ist eine Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe, die ihren Sitz in Bad Friedrichshall im Landkreis Heilbronn hat. Der Name der Einrichtung kommt aus ihrer Geschichte. Seit der Gründung 1862 wurden hier Kinder medizinisch mit Sole behandelt. Im Laufe der über 160 Jahre musste und durfte sich das Kindersolbad immer wieder neu erfinden. Geblieben ist aber stets der Fokus auf Kinder und Jugendliche sowie deren Familien.

Das Kindersolbad
heute



9
Wohngruppen

1
Jugendwohn-
gemeinschaft

1
Tagesgruppe

2
Sozialpädagogische
Förderzentren (JuLe)

Weitere Angebote sind Erziehungsbeistandschaft, Schulsozialarbeit, Gemeinwesenarbeit/Jugendreferat sowie mobile und offene Kinder- und Jugendarbeit. Darüber hinaus werden aus der Küche des Kindersolbades verschiedene Kindertagesstätten und Schulen mit Mittagessen beliefert.

Und dann kam Corona...

Für all diese Angebote und damit natürlich für alle Mitarbeiter*innen des Kindersolbades ist seit dem Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 nichts mehr wie zuvor.

Während der Corona-Pandemie mussten viele Abläufe und Prozesse angepasst werden, um trotz der Vorgaben und Beschränkungen immer für die jungen Menschen und ihre Familien da zu sein. In der Jugendhilfe wurden die Angebote zumeist nicht geschlossen, sondern verändert und umorganisiert. Natürlich waren diese Veränderungen mit vielen Anstrengungen und Herausforderungen verbunden, die die Mitarbeitenden über den langen Zeitraum der Pandemie sehr stark belasteten. Dabei war bei diesen Belastungen immer zu berücksichtigen, dass das Thema „Pandemie“ nicht mit dem Feierabend abgelegt wurde, sondern dass die Mitarbeitenden auch im privaten Umfeld damit konfrontiert waren.

Kein Ende der Krisen

In dieser Belastungssituation war der Übergang von der Corona-Krise in die folgenden Krisen fließend. Es gab keine Zeit zum Durchatmen und Kraft tanken.

Der Arbeitsalltag ist zwar nun wieder der Zeit vor Corona ähnlich, doch in allen Arbeitsfeldern wurde deutlich, welchen Belastungen die Familien während Corona ausgesetzt waren und wie sich diese auf das Heute auswirken. Die Bedarfe sind riesig und es würden viel mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote benötigt werden. Doch das gibt die Realität leider nur bedingt her.

Zwar ist es mit Hilfe der Corona-Förderprogramme gelungen, das Angebot der Mobilen Jugendarbeit in Bad Friedrichshall zu installieren. Doch darüber hinaus geht es für die Einrichtung momentan viel mehr darum, Angebote zu sichern und nicht in die Situation zu kommen, über die Schließung von Angeboten nachdenken zu müssen.

Stellenbesetzungen werden schwieriger

Hintergrund ist hier insbesondere die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Es wird zunehmend schwerer, freie oder freiwerdende Stellen zu besetzen. Die Anzahl an Bewerbungen hat in den letzten Jahren sukzessive abgenommen, die Anzahl an ausgeschriebenen Stellen hat dagegen zugenommen. Galt diese Aussage schon seit längerer Zeit insbesondere für die stationären Angebote, so trifft sie mittlerweile auf alle Angebote zu.

Sehr gut veranschaulichen lässt sich diese Entwicklung am Beispiel der Betreuungsangebote für jugendliche Flüchtlinge, die ohne Familie nach Deutschland kommen, sogenannte UMAs (Unbegleitete Minderjährige Ausländer). In den Jahren 2015/2016 gab es eine ähnlich hohe Nachfrage an Plätzen für UMAs in der Jugendhilfe wie heute. 2016 ist es gelungen eine neue Wohngruppe zu eröffnen und diese auch mit Personal zu besetzen. Auch heute würde die Kindersolbad gGmbH gerne mehr Plätze für UMAs anbieten bzw. neue Angebote schaffen, doch dafür ist aktuell kein Personal vorhanden, auch bei Weitem nicht genügend Bewerbungen.

Jammern hilft nicht

Doch mit Jammern ist nicht aus dieser Situation zu kommen und die Einrichtung wird auch nicht den Kopf in den Sand stecken. In seiner Geschichte hat das Kindersolbad schon einige turbulente, stürmische Zeiten erlebt und hat diese auch und gerade dank des Engagements und Einsatzes der Mitarbeiter*innen immer erfolgreich bewältigt. So geht es neben der Gewinnung von neuen Mitarbeiter*innen aktuell insbesondere darum, Mitarbeiter*innen zu halten und diese auch für die Zukunft zu gewinnen.

Viel Engagement wird in den Ausbildungsbereich gesetzt. Die Zahl an Ausbildungsplätzen wird kontinuierlich ausgebaut, um den „Kolleg*innen“ von morgen viele spannende Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Dabei wird eine Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung und der Anleitung fortwährend angestrebt.

Die Geschäftsführung ist davon überzeugt, dass es neben den unterschiedlichen Benefits wie JobRad, JobTicket (...) immer wichtiger ist, mit den Kolleg*innen in engem Kontakt und Austausch zu sein, flexible und der individuellen Situation angepassten Beschäftigungsmodelle zu schaffen und Veränderungen bewusst zu gestalten, statt sich von diesen gestalten zu lassen.



Kontakt

Benjamin Kaufmann, Geschäftsführung
Kindersolbad gGmbH, Bad Friedrichshall
benjamin.kaufmann@kindersolbad.de
www.kindersolbad.de

„Wenn es holprig wird, steigt man nicht aus, sondern man schnallt sich an“

Solidarität, Flexibilität und Zusammenhalt helfen durch schwierige Zeiten

Die Sozialwirtschaft und insbesondere die Altenpflegebranche stehen vor großen Herausforderungen, die durch verschiedene Krisen wie die Gaskrise, den Ukrainekrieg und die Corona-Pandemie verursacht wurden. Diese Krisen haben bestehende Probleme wie Fachkräftemangel, steigende Preise und Schwierigkeiten bei der Refinanzierung verstärkt. Bei PASODI, der Paritätische Sozialdienste gGmbH, zeigen sich in diesen schwierigen Zeiten Solidarität, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Zusammenhalt. Dennoch müssen die fortwährenden Herausforderungen anerkannt werden.

Nachhaltige Lösungen sind gefragt

Die Corona-Pandemie hat den Pflegealltag stark verändert. Digitale Lösungen wurden eingeführt, um effizienter zu arbeiten, aber die Kosten bleiben hoch. Bei PASODI sind die steigenden Betriebskosten aufgrund der Krisen eine finanzielle Belastung. Pelletpreise stiegen um über 500 Prozent und sind immer noch hoch. Nachhaltige Lösungen zur Kostenreduktion und Energieeffizienz werden gesucht, jedoch erschwert die finanzielle Situation und politische Unsicherheit die Umsetzung. Die steigenden Preise für Materialien und Dienstleistungen belasten die Altenpflegebranche zusätzlich, da die Refinanzierung unzureichend ist. Kosten für Handwerker, Verbrauchsgüter, Wäschereinigung, Lebensmittelkosten und medizinische Verbrauchsgüter sind stark angestiegen. Die Refinanzierung durch den Corona-Rettungsschirm endete 2022, wodurch die Kosten von den Trägern getragen werden mussten. Bei PASODI besteht eine wachsende Kluft zwischen Kosten und Refinanzierung.

Eine weitere Kluft öffnet sich durch das Tariftreuegesetz und die aktuellen Tarifabschlüsse, durch welche für Träger Zahlungsverpflichtungen entstehen, die nicht durch die aktuellen Pflegesätze refinanziert sind. Als gemeinnütziges Unternehmen besitzt PASODI keine Rücklagen, da eventuelle Jahresüberschüsse immer zeitnah für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden müssen – somit eine unverschuldete Zwickmühle, die für einige Träger existenzbedrohend werden wird.

Zumutungen gegenüber der Pflege – eine Strategie?

PASODI ist nicht allein mit dieser Problematik. Wie Wolfgang Bertelsmeier, der Präsident des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa), zur Umsetzung der aktuellen Tarifabschlüsse erklärte: „Wenn das so kommt,

können wir dicht machen. Wir fragen uns inzwischen, ob hinter all den Zumutungen gegenüber der Pflege eine perfide Strategie steckt oder ob es sich einfach nur um politischen Dilettantismus handelt.“

Die Tarifvertragsparteien einigten sich Ende April auf eine Anpassung des TVöD mit Auswirkungen auf alle tarifgebundenen Pflegeeinrichtungen. Das Tariftreuegesetz verschärft die Situation, da verpflichtende Entgelte nur teilweise refinanziert werden und die Kosten steigen. Bei nicht tarifgebundenen Unternehmen werden Bereiche außerhalb von Pflege und Betreuung schlechter gestellt. Inflationsausgleichsprämie und Tabellenentgelte sind Teil des Tarifabschlusses. Die Inflationsausgleichsprämie ist für viele Träger nicht leistbar. Der bad e.V. argumentiert, dass sie nicht berücksichtigungsfähig ist. Der Tarifabschluss könnte katastrophale Auswirkungen auf die Altenpflegebranche haben, da eine nicht refinanzierte Inflationsausgleichzahlung Mehrbelastungen von Hunderttausenden Euro für Pflegeeinrichtungen bedeutet.

Einrichtungen werden in die Insolvenz getrieben

Frank Ulrich, Geschäftsführer von PASODI warnt: „Wenn die politischen Entscheidungsträger weiterhin die kritische Situation der Pflegebranche ignorieren, werden immer mehr Einrichtungen in die Insolvenz getrieben. Ich frage mich, ob hier bewusst eine Art Marktberreinigung in Kauf genommen wird oder ob es einfach als politisches Vollversagen zu bewerten ist.“ Es ist unerlässlich, dass Kostenträger und Politik den Bedarf an adäquater Refinanzierung anerkennen, um sicherzustellen, dass Einrichtungen der Altenhilfe wirtschaftlich betrieben werden können. Wenn hier nicht zeitnah gehandelt wird, dann wird es die Altenpflege, wie wir sie in Deutschland kennen und brauchen, bald nicht mehr geben.

Generationen mit unterschiedlichen Ansprüchen

Interne Spannungen bei PASODI erschweren die Gewinnung und Bindung von qualifiziertem Personal. Die unterschiedlichen Ansprüche der Generationen führen zu einer Diskrepanz. Die Altenpflegebranche kann den Forderungen der Arbeitnehmer nicht mehr gerecht werden, was zu einem verstärkten Wechsel in besser vergütete Stellen im Krankenhaus führt. Arbeitnehmerüberlassung wird teilweise genutzt, um den Personalschlüssel einzuhalten, stellt aber eine finanzielle Belastung dar, da die damit verbundenen Mehrkosten von den Kostenträgern im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen nicht akzeptiert werden und somit ohne Refinanzierung sind. Die steigenden Anforderungen im administrativen Bereich führen zu einem Verwaltungskollaps. Der seit Jahrzehnten nicht angepasste Leitungs- und Verwaltungsschlüssel in der Altenhilfe bildet in keiner Weise den tatsächlichen Bedarf an benötigtem Personal ab. Nach Lesart der Kostenträger befinden wir uns hier jedoch in einem Übermaß an Stellenbesetzung, was zuweilen bei uns den Eindruck eines Realitätsverlusts hinterlässt.

Bei PASODI ist es wichtig, realistisch zu bleiben und die Schwierigkeiten anzuerkennen. Dennoch wurden bereits zahlreiche Hürden gemeistert und eine Anpassung an veränderte Umstände bewiesen. Die Altenpflegebranche muss sich auf den demografischen Wandel und mögliche zukünftige Krisen einstellen. Bei PASODI ist es wichtig, ständig innovativ und anpassungsfähig zu bleiben, um den fortwährenden Herausforderungen in der Altenpflegebranche zu begegnen. Oder anders gesagt; „Wenn es holprig wird, steigt man nicht aus, sondern man schnallt sich an“.



Kontakt

Ann-Kathrin Schipper, Projektleiterin
Prozesse und Unternehmenskommunikation
Paritätische Sozialdienste gGmbH, Stuttgart,
schipper@pasodi.de, www.pasodi.de



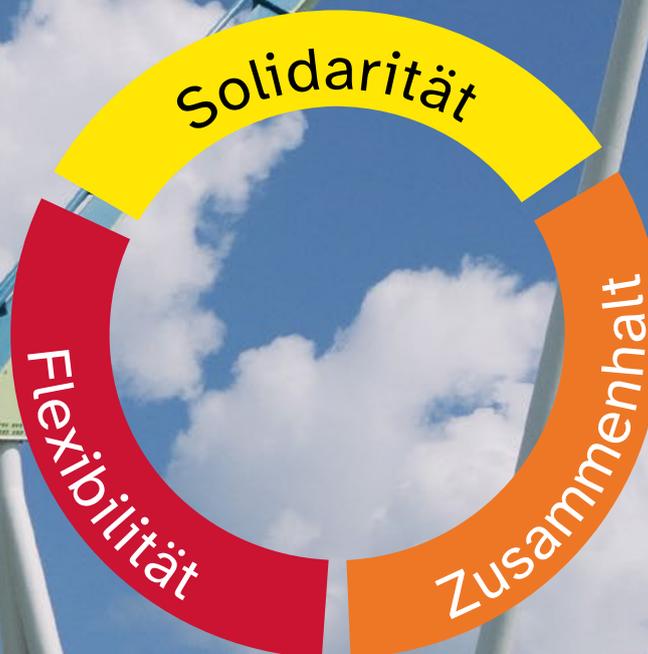
Frank Ulrich,
Geschäftsführer



Stephanie Schindler,
Personalleiterin



Matthias Sterr,
Leiter Einkauf
und Technik



Nach der Pandemie ist mitten in der Krise

Selbsthilfeorganisationen sind als Sprachrohr der Betroffenen unverzichtbar



© Christian Lue, Unsplash

In den letzten 50 Jahren ist die Selbsthilfe zu einer wichtigen Säule im System gesundheitlicher Versorgung herangewachsen. Der Übergang von einer Selbsthilfegruppe zu einer Selbsthilfeorganisation ist dabei fließend. Beide leisten einen eigenständigen Beitrag zur Gesunderhaltung und Problembewältigung, insbesondere chronisch Kranker und Behinderter, aber auch von Menschen mit psychosozialen Problemen.

Während in den Anfängen die Wirkung der angestrebten Ziele der Selbsthilfe als Ergänzung zum professionellen Versorgungssystem gesehen wurden, steht heute Patientenbeteiligung und politisches Engagement für Selbsthilfeorganisationen im Vordergrund.⁴ Die Deutsche Rheuma-Liga engagiert sich gemeinsam mit den Landesverbänden in der Gesundheits- und Sozialpolitik, um die Interessen der chronisch rheumakranken Menschen in Deutschland wirksam zu vertreten. Die Ziele sind: die Verbesserung der medizinischen Versorgung, die soziale Sicherung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft der Betroffenen, sowie die Erweiterung der Patientenrechte.

Betroffene selbst erläutern ihre Anliegen

„Wir als Rheuma-Liga sind in der Politik sehr aktiv – schreiben Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und machen Termine mit Politikern –, damit sich die Gesetze im Sinne der Patienten verändern“, erklärt Marion Rink, Vizepräsidentin der Rheuma-Liga, „dabei ist es für uns wichtig, dass bei der politischen Interessenvertretung die Betroffenen selbst den Politikern ihre Anliegen nahebringen.“ („Um den mehr als 70 Millionen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen bei

Entscheidungsprozessen des Gemeinsamen Bundesausschusses eine Stimme zu geben, wurde am 1. Januar 2004 die Patientenvertretung auf Basis des § 140f Absatz 2 SGB V ins Leben gerufen. Die Stabsstelle Patientenbeteiligung beim G-BA unterstützt die Patientenvertreterinnen und Patientenvertreter bei der Wahrnehmung ihres Antrags- und Mitberatungsrechts organisatorisch und inhaltlich.“)



Appell an die Politik

Die Rheuma-Liga blickt mit großer Sorge auf mögliche Versorgungsengpässe mit Medikamenten in Deutschland und Europa. Mit Beginn der Pandemie wurden Impfstoffe gesucht und benötigt, die in der Versorgung von Rheumakranken schon lange im Einsatz waren. So gab es Engpässe bei Hydroxychloroquin für Lupus-Patienten, die nicht mehr auf dem Markt verfügbar waren

„Wir hoffen sehr, dass bald ein Medikament und ein Impfstoff zur Verfügung stehen werden, mit denen infizierten und schwer an COVID-19-erkrankten Patienten geholfen werden kann“, sagt Rotraut Schmale-Grede, Präsidentin der Deutschen Rheuma-Liga, „dennoch darf dabei nicht die Versorgung schon von anderen, schwer erkrankten Patientengruppen außer Acht gelassen werden, die auf das Medikament angewiesen sind“.

Zeiten der Energiekrise und Raumknappheit

Aufgrund des fehlenden Zugangs zu warmen Therapiebecken blieb in der Zeit der Pandemie die Versorgung von Rheumabetroffenen zunehmend gefährdet. Lehrschwimmbecken blieben geschlossen, Turnhallen und Therapieeinrichtungen boten keine freien Kapazitäten für das ärztlich verordnete Bewegungstraining/Funktionstraining der Rheuma-Liga an. Diese Bewegungstherapie besonders im warmen Wasser stellt den überwiegenden Teil der Funktionstrainingsgruppen dar. Für Rheumapatient*innen bedeutet Training im warmen Wasser weniger Schmerzen und durch die Leichtigkeit im Wasser große Bewegungsfreiheit.

Mit einem Positionspapier möchte die Rheuma-Liga eine langfristige Versorgung sichern und fordert Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen.

Selbsthilfe entwickelt Online-Strategien

In jeder Krise steckt auch eine Chance, Neues zu beginnen. Digitale Formate mit leichtem Zugang ermöglichen traditionelle Angebote wie Gruppentreffen, Online-Patiententage, Seminare und Arbeitstreffen. Digitale Technologien starten einen grandiosen Einzug ins ehrenamtliche Engagement und konnten hier Hilfesuchende und Helfer zumindest wieder vernetzen. Noch fehlt in dieser Altersgruppe die nötige Ausstattung und die vorhandenen digitalen Kompetenzen sind oft begrenzt.

Ehrenamtliches Engagement ungebremst durch die Pandemie

Entgegen der erwarteten Prognose blieb die Zahl und das Engagement der Ehrenamtlichen in der Rheuma-Liga Baden-Württemberg stabil und konnte im Bereich der Beratungsangebote und Gruppenarbeit gestärkt werden. Die Organisation von Bewegungsgruppen, welche von den Mitgliedern besonders geschätzt werden, sind nach der Pandemie jedoch keinesfalls flächendeckend und wohnortnah im Angebot. Finanzierungskosten der hohen Eintrittspreise, Rummieten, fehlendes Fachpersonal für Aufsicht und Reinigung

» 20.000

Rheuma betrifft auch junge Menschen.

Auch Kinder und Jugendliche erkranken an Rheuma: Bundesweit leiden 20.000 Kinder und Jugendliche an chronischen entzündlich-rheumatischen Erkrankungen.

» 5 Millionen

Arthrose, Rheuma und Gicht gehören zusammen.

Mit über fünf Millionen Betroffenen in Deutschland ist Arthrose die häufigste Gelenkkrankheit überhaupt.

» 13 Monate

Langer Weg zur Diagnose

13 Monate dauert es im Durchschnitt, bis ein Patient mit Symptomen einer Rheumatoiden Arthritis erstmals zum Rheumatologen kommt.

in Hallen und Bädern sorgen für dramatische Engpässe. Bewegungstherapie in Gruppen als ergänzende Leistung zur Rehabilitation ist für viele Rheumatiker der Hauptgrund sich der Selbsthilfeorganisation anzuschließen oder sich in der Rheuma-Liga für dieses Angebot zu engagieren. Inflation und hohe Benzinpreise ermöglichen vielen Senioren keinen regelmäßigen Besuch in einem Bad, um im warmen Wasser Schmerzlinderung und Bewegungsfreiheit zu erfahren.

Druck auf Selbsthilfeverbände steigt

Laut Ärzteblatt liegen die Pro-Kopf-Ausgaben im Gesundheitswesen höher als in allen anderen Mitgliedsstaaten der EU, riesige Defizite werden uns von den Kostenträgern für das laufende Jahr prognostiziert. Nicht nur durch die Pflegereform ist mit einer Überforderung der Beitragszahler zu rechnen. Der Druck auf die gesundheitlich orientierten Selbsthilfe Verbände steigt, die Gangart wird härter, um die satzungsgemäßen Ziele zu erreichen: die Verbesserung der medizinischen Versorgung, die soziale Sicherung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft der Betroffenen, sowie die Erweiterung der Patientenrechte.



Kontakt

Ute Witt, Sozialfachkraft, Rheuma-Liga Baden-Württemberg e.V., Bruchsal
u.witt@rheuma-liga-bw.de
www.rheuma-liga-bw.de

- 1 Podcast der Deutschen Rheuma-Liga zum 50-jährigen Jubiläum: <https://youtu.be/ec6LfOJCz8w>
- 2 <https://patientenvertretung.g-ba.de/wer-wir-sind/>
- 3 <https://patientenvertretung.g-ba.de/wer-wir-sind/>
- 4 https://www.rheuma-liga.de/fileadmin/public/main_domain/Dokumente/Unser_Einsatz/Positionen_Warmwassertherapie_Energiekrise.pdf

Langzeitarbeitslose in der Pandemie besonders belastet

Sozialunternehmen im Bereich der Arbeits- und Beschäftigungsförderung brauchen verlässliche Rahmenbedingungen

Von Pandemie über Energiekrise bis hin zu den riesigen Herausforderungen des Klimawandels – die Krisendichte hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Die Vielzahl von Krisen stellt die Träger der Arbeits- und Beschäftigungsförderung vor besondere Herausforderungen. Dieser Artikel beleuchtet die Auswirkungen der Corona-Krise und des demografischen Wandels auf die Träger und auf die betroffenen Menschen in der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit.

Corona-Krise

Die Pandemie war geprägt von Isolation, Verunsicherung und großen Kraftanstrengungen. Die Angebote der Arbeitsförderung wurden in kürzester Zeit auf hybride Durchführungsmöglichkeiten umgestellt. Angebote der Beschäftigungsbereiche mussten angepasst und zum Teil dauerhaft eingestellt werden. Besonders betroffen von den Unsicherheiten der Coronapandemie war die Zielgruppe der langzeitarbeitslosen Menschen. Psychische Belastungen, Suchterkrankungen und familiäre Problemlagen haben sich deutlich erhöht. Der Beratungs- und Unterstützungsaufwand hat sich dadurch vielschichtig verändert, bei gleichzeitig weniger werdenden Ressourcen.

Das Paradoxum des Arbeitsmarktes

Fach- und Arbeitskräftemangel auf der einen, Langzeitarbeitslosigkeit und fehlende soziale Teilhabechancen auf der anderen Seite. Der Renteneintritt der „Baby-Boomer“ wird die Krisen auf dem Arbeitsmarkt nochmals verschärfen. Träger der Arbeits- und Beschäftigungsförderung könnten hier wichtige Lösungsbeiträge liefern.

Die faktische Ausgestaltung der Arbeitsförderung lassen das hohe Innovationspotenzial der vielschichten Trägerlandschaft aber im Keim ersticken. Förderzyklen sind seit Jahren sehr kurzlebig, Belegungsrisiken werden an die Träger weitergegeben, der bürokratische Aufwand steigt, beschäftigungsfördernde Maßnahmen werden reduziert und der



© OcuisFocus, iStockphoto

Gedanke der Subsidiarität gerät immer stärker in den Hintergrund. Rahmenbedingungen, die es den Trägern schwer machen geeignetes Personal zu finden und zu binden. In Zeiten von Inflation sind wichtige Zukunftsinvestitionen kaum plan- und umsetzbar. Für die betroffenen Menschen bedeutet die Reduzierung der Angebote eine deutlich geringere Teilhabe- und Integrationschancen. Die Zielgruppe der Menschen mit Arbeitsmarkthemmnissen läuft Gefahr, dauerhaft vom Arbeitsmarkt abgehängt zu werden.

Fazit

Krisen stellen Beschäftigungsgesellschaften vor große, kaum lösbare Herausforderungen, doch sie bieten auch Möglichkeiten zur Transformation und Innovation. Die Träger müssen sich anpassen, flexibel sein und neue Wege finden, um zu überleben und zu gedeihen. Damit dies gelingen kann, benötigt es verlässliche und planbare Rahmenbedingungen, mutige Träger und Entscheider sowie Partner des Arbeitsmarktes, die ihrer sozialen Unternehmensverantwortung gerecht werden.



Kontakt

Frank Dehring, Geschäftsführer
Waldkircher Beschäftigungs-
und Qualifizierungsgesellschaft
Wabe gGmbH, Waldkirch
frank.dehring@wabe-waldkirch.de
www.wabe-waldkirch.de

Kulturwandel in den Einrichtungen

Projektstart RENA – Resilienz und Nachhaltigkeit für eine zukunftsfähige Sozialwirtschaft

Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege stehen vor enormen Herausforderungen. Themen wie Fachkraftgewinnung, Digitalisierung, Klimaschutz oder veränderte Erwartungen von Mitarbeitenden, Zielgruppen und Finanziers sind neben rein rechtlichen Veränderungen zu meistern. Um die gemeinwohlorientierte Arbeit auch künftig ökonomisch erfolgreich anbieten zu können, ist es unumgänglich, sich diesen Herausforderungen nach und nach zu stellen. Dies erfordert nicht weniger als einen Kulturwandel in den Einrichtungen.

Drei Säulen der Nachhaltigkeit Handlungsfelder

Markt	Umwelt	Arbeitsplatz
<ul style="list-style-type: none"> • Lieferkette • Produktverantwortung • Faire Preise • Verbraucherschutz • Verantwortliches Marketing • ... 	<ul style="list-style-type: none"> • Energie- und Ressourcenverbrauch • Erneuerbare Energien • Umweltbewusstsein der Mitarbeiter • Biodiversität • Kreislaufwirtschaft • ... 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitssicherheit • Gesundheitsschutz • Work-Life-Balance • Diversität und Chancengleichheit • Personalentwicklung • ...
Ökonomie	Ökologie	Soziales

Hier setzt das neue Projekt „RENA – Paritätisches Netzwerk für Resilienz und Nachhaltigkeit für eine zukunftsfähige Sozialwirtschaft“ der Werkstatt PARITÄT an. Es hat das Ziel, insbesondere kleine und mittlere Mitgliedsorganisationen des Paritätischen zukunftsfähig zu machen. RENA bietet Unterstützung bei der Organisationsentwicklung und dem Kulturwandel unter den Aspekten ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit sowie Personalentwicklung durch Qualifizierung und Vernetzung.

Kontakt

Ralf Baumgarth, Team Beratung und Qualifizierung
Projekt „RENA – Paritätisches Netzwerk für Resilienz
und Nachhaltigkeit für eine zukunftsfähige Sozialwirtschaft“
Werkstatt PARITÄT gemeinnützige GmbH, Stuttgart
baumgarth@werkstatt-paritaet-bw.de, www.werkstatt-paritaet-bw.de

» 57%

der befragten mittelständischen Unternehmen gaben an, dass die Bedeutung von Resilienz in ihrem Unternehmen eher bis stark zugenommen hat.

ETL Mittelstandskompass 2023

Resilienz und Nachhaltigkeit sind Schlüssel für eine zukunftsfähige Sozialwirtschaft

Resilienz einer Organisation besteht aus drei miteinander verbundenen Ebenen: die der einzelnen Mitarbeiter*innen, des Teams und der Strukturen und Prozesse. RENA betrachtet organisationale Resilienz als Prävention, um auf Veränderungen kompetent reagieren und so zukünftige Herausforderungen besser bewältigen zu können

Nachhaltigkeit ist bei RENA mehr als Umwelt- oder Klimaschutz. Sie stützt sich auf die drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Nachhaltiges Handeln bedeutet gewissenhaft mit Ressourcen umzugehen, nicht nur in einem ökologischen, sondern auch in einem sozialen und einem wirtschaftlichen Sinne.

Das Angebot von RENA umfasst über eine Laufzeit von 18 Monaten

- **Nachhaltigkeitscheck** – Analyse der aktuellen Lage, Ermittlung von Bedarfen und Handlungsoptionen
- **Online-Qualifizierungsworkshops** zur Kompetenzerweiterung
- **Vernetzungstreffen** (online) zum fach- und praxisorientierten Erfahrungsaustausch
- **Praxisprojekt** – begleitete Umsetzung eines individuellen Nachhaltigkeitsvorhabens
- **Help-Desk** zur Beantwortung individueller Fragen zu Nachhaltigkeit und Resilienz.

Zielgruppen von RENA sind schwerpunktmäßig kleine und mittlere sowie einzelne große Mitgliedsorganisationen und engagierte Führungskräfte und Mitarbeiter*innen (2-4 Pers.). Der Bewerbungsschluss für die Teilnahme ist am 30. Juni 2023. Ergänzende Informationen und Kontaktdaten gibt es auf der Projekthomepage und per E-Mail: rena@werkstatt-paritaet-bw.de.

Gefördert im Rahmen des Programms „rückenwind³ für Vielfalt, Wandel und Zukunftsfähigkeit in der Sozialwirtschaft“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus).

rückenwind³

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Kofinanziert von der
Europäischen Union

Für das Leben, weil Alle zählen!

**75 Jahre Paritätischer Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg
Jubiläumsveranstaltungen im ganzen Land**

© Pixabay, Pexels

STUTT GART Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg setzt sich seit 75 Jahren von der Familienplanung bis zur Trauerarbeit, von der Kinder- und Jugend- bis zur Altenhilfe, gerade auch für Menschen in Notlagen ein – Herausforderungen nehmen an Komplexität zu – Staatliche Aufgaben können nur mit ausreichenden staatlichen Zuwendungen noch erfüllt werden.

Jubiläumsfeier am 20. September 2023 in Stuttgart

Der Paritätische Baden-Württemberg feiert in diesem Jahr sein 75. Jubiläum. Dazu finden unter dem Motto „Der Paritätische für das Leben – weil Alle zählen“ in den kommenden Monaten landesweit zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen statt. Ein Höhepunkt ist die Jubiläumsfeier am 20. September 2023 in Stuttgart mit einem Festakt im Neuen Schloss und anschließendem Bürgerfest auf dem Schlossplatz mittendrin in der Gesellschaft – als ein Ort der Vielfalt, der Begegnung und des Miteinanders im Dialog an den Ständen unserer Vereine, im Künstlerischen bei einem bunten Bühnenprogramm, einer Kreidesprühaktion sowie Malaktion für Kinder und im Sozialen an der längsten Stadtzeitung der Welt.

Außerdem lobt der Verband erstmalig den #PariEngage Award – die Auszeichnung für innovatives Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege – aus. In zunächst drei Kategorien „Jugend“, „Medien“ und „Neue Ansätze zur Unterstützung von Menschen in besonderen Lagen“ werden Projekte ausgezeichnet, die den stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Aktivierung von Menschen fördern.

Nachhaltig in der DNA und im Fokus

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg wurde 1948 gegründet und ist mit 50.000 Ehrenamtlichen und 80.000 hauptamtlichen Mitarbeitenden in über 900 Mitgliedsorganisationen und eigenen Tochterunternehmen einer der größten Wohlfahrtsverbände im Land und bildet zusammen mit allen Mitgliedsorganisationen einen der größten Arbeitgeber in Baden-Württemberg.

Unsere vielfältigen Trägervereine begleiten Menschen in allen Lebenslagen und -situationen von der Schwangerschaftskonfliktberatung, über die Kinder- und Familienbetreuung, die Jugend- und Eingliederungshilfe sowie schulische und berufliche Bildung bis hin in den Kranken- und Pflegebereich und zur Trauerbegleitung.

Nachhaltigkeit spielte schon immer in der Arbeit des Paritätischen Landesverbandes eine Rolle. Seit einiger Zeit setzt sich der Verband auch für eine sozial-ökologische Transformation ein. Uta-Micaela Dürig, sozialpolitische Vorständin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg, sagt: „Wir haben Nachhaltigkeit in unserer DNA. Angesichts der zunehmenden Klimakrise bauen aber auch wir in Zukunft in unserer eigenen Arbeit ökologische Nachhaltigkeit aus. Darüber hinaus setzen wir darauf, zukunftsfähige Antworten für die komplexen Herausforderungen unserer Zeit im Diskurs mit anderen zu entwickeln. Der Einbezug von Betroffenen und Entscheidern an einem Tisch ist uns dabei sehr wichtig.“

Seit 75 Jahren ein wachsender innovativer Verband

Bei der Gründung ging es um Themen wie Gesundheits-, Erziehungs- und Wirtschaftsfürsorge. In den 60er Jahren schließen sich die ersten Initiativen, die auf freiwilliges bürgerschaftliches Engagement zurückgehen wie Elternvereine der Lebenshilfe, Einrichtungen der Vorschulpädagogik, Eltern-Kind-Initiativen, Jugendfarmvereine, Initiativen der extramuralen psychiatrischen Nachsorge und der Suchtkrankenhilfe dem Paritätischen an. In den siebziger Jahren kommen immer mehr Selbsthilfeorganisationen und -initiativen dazu. In den achtziger Jahren treten verstärkt Frauenhäuser, Frauen- und Mädchenprojekte, Arbeitsloseninitiativen und Beschäftigungsunternehmen für langzeitarbeitslose Jugendliche und Erwachsene bei.

Diese Entwicklung, dass über Jahrzehnte hinweg vor allem neue Initiativen, die mit innovativen Konzepten auf gesell-

schaftliche Veränderungen und Problemlagen reagieren, dem Verband beitreten, hält unvermittelt an. Heute agiert der drittgrößte Wohlfahrtsverband innovativ und wirkungsvoll in einer flächendeckenden Regionalstruktur in insgesamt sieben Bereichen der sozialen Arbeit: Ältere Menschen und Pflege, Jugend und Bildung, Menschen mit Behinderung, Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und Gesundheit, Familie, Kinder, Migration und Diversity, Arbeit und Qualifizierung sowie Krisenintervention und Existenzsicherung (Schuldnerberatung, Straffälligenhilfe, Suchthilfe, Frauen).

Mit sozialen Allianzen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

„Die heutigen Herausforderungen für die Sozialwirtschaft sind zu groß, als dass es einzelne alleine oder im eigenen Sektor lösen können. Daher bauen wir als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in Zukunft noch stärker darauf, gesellschaftliche Innovationen und gesellschaftspolitisch relevante Themen in einer zunehmend vielfältiger werdenden Gesellschaft gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen in die Breite zu bringen und setzen dabei auch verstärkt auf strategischen Allianzen mit Partnern aus dem Gesundheits- und Sozialwesen, von Umweltverbänden, der Wirtschaft sowie Stiftungen“, so Uta-Micaela Dürig, die Vorständin für Sozialpolitik.

„Unser Ziel ist und muss es angesichts und trotz der komplexen Herausforderungen derzeit sein, zusammenzustehen, niemanden zurückzulassen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land trotz aller Veränderungen zu stärken. Die Transformation durch die Klimakrise und hin zu einer digitaleren Welt muss solidarisch, sozial, fair und zusammen mit allen Menschen in unserer Gesellschaft geschehen. Dabei gewinnen wir gerade durch die Vielfalt in unserer Gesellschaft, weil wir mehr Perspektiven bei der Entwicklung von Lösungen einbeziehen können. Die Basis für unser Zusammenleben sind und bleiben dabei die Inhalte unseres Grundgesetzes“, so Dürig.

Alle Informationen rund um das Jubiläum sowie die Awards finden Sie unter <https://paritaet-bw.de/themen/jubilaeum>



Gesucht: Freiwilligendienstler*innen für unsere Jubiläumsfeier

Du möchtest uns bei unserem 75-jährigen Jubiläum unterstützen, das wir am 20. September 2023 auf dem Stuttgarter Schlossplatz mit vielen Mitmachaktionen für alle Gruppen der Bevölkerung feiern? Egal, ob Du bei der Logistik unterstützt, Kinder betreust oder bei der Öffentlichkeitsarbeit mitwirkst. Deine Hilfe ist willkommen und geschätzt! **Dann melde Dich unter freiwilligendienste@paritaet-bw.de**. Wir freuen uns natürlich auch, wenn Du bei der Jubiläumsfeier einfach als Besucher*in dabei bist!

Ausschreibung #PariEngage Award

Anlässlich unseres 75-jährigen Jubiläums vergibt der Paritätische Baden-Württemberg erstmalig den #PariEngage Award – die Auszeichnung für innovatives Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege. In drei Kategorien können die Teilnehmenden Beiträge zu besonderen Aktivitäten im Wohlfahrtsbereich einreichen. Schirmherr ist Sozialminister Manne Lucha.



#PariEngage in der Kategorie „Jugend“

Ausgezeichnet werden Jugendliche bis 20 Jahre, die sich ehrenamtlich in besonderem Maße für andere Menschen einsetzen. Dabei spielt die Art des Ehrenamts keine Rolle. Das persönliche Engagement für die Sache steht im Mittelpunkt.

Eingereicht werden können Bilder, Zeitungsberichte oder andere Unterlagen, die die Besonderheit des ehrenamtlichen Engagements herausstellen. Bewerben können sich Gruppen oder Einzelpersonen. Der Preis ist mit 750 Euro dotiert



„#PariEngage“ in der Kategorie „Engagement-Preis 2023“

Ausgezeichnet werden besondere Konzeptideen oder bereits laufende wirkungsvolle Projekte, die zur Unterstützung und Aktivierung von Menschen in besonderen Lagen beitragen. Die Projekte zeichnen sich dadurch aus, dass sie Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe aktivieren und dafür sorgen, dass sie sich wieder als Teil der Gesellschaft fühlen und ein selbstbestimmtes, aktives Leben führen können.

Eingereicht werden können innovative Konzeptideen bzw. wirkungsvolle neue Projektansätze, die z. B. zur Stärkung der Gesundheit und Mobilität beitragen, für mehr oder gleichwertiger Teilhabe in der Gesellschaft sorgen, die Integration besonders fördern oder die Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen oder vieles mehr. Am Wettbewerb teilnehmen können Gruppen oder Einzelpersonen, die als Haupt- oder Ehrenamtliche in einer Einrichtung oder einem Verein in Baden-Württemberg tätig sind. Der Preis ist mit 3.500 Euro dotiert



„#PariEngage“ in der Kategorie „Medienpreis“

Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die über die Relevanz von Wohlfahrtspflege berichten. Dabei geht es z.B. um Beiträge über das Engagement der vielen Haupt- und Ehrenamtlichen mit gesellschaftlicher Bedeutung, um neue Ansätze zur Aktivierung von Menschen bzw. spezifische Fragestellungen wie etwa die Darstellung von Missständen und deren Lösung.

Eingereicht werden können journalistische Beiträge mit regionalem oder überregionalem Bezug, die in Baden-Württemberg in Tages- oder Wochenzeitungen, in Magazinen bzw. in Online-Medien erschienen bzw. in Rundfunk oder Fernsehen ausgestrahlt worden sind. Die Veröffentlichung des Beitrags muss zwischen dem 1. Juli 2022 und dem 20. Juli 2023 erfolgt sein. Der Preis ist mit 3.000 Euro dotiert

Die Gewinner*innen der jeweiligen Kategorie werden durch eine Jury ermittelt und erhalten Geld- und Sachpreise. Bewerbungsschluss ist der 20. Juli 2023 um 23:59 Uhr. Weiterführende Informationen zu den einzelnen Ausschreibungen, den Teilnahmebedingungen und den Preisen finden Sie unter www.paritaet-bw.de/pari-engage.

Weitere Fragen unter: pariengage@paritaet-bw.de
Wir freuen uns schon jetzt auf Ihre Teilnahme!



Ausblick – Neue Kategorie Universitäts- und Hochschul-Forschungs-Preis

Zum Start des Wintersemesters 2023/24 loben wir zusätzlich einen studentischen Forschungspreis aus. Dieser Preis ist eine Kategorie, bei der studentische Teams für Forschungs- oder studentische Projektergebnisse ausgezeichnet werden, die zur Verbesserung der Handlungspraxis in der sozialen Arbeit führen. Wir freuen uns hierbei schon jetzt auf die Innovations-Kraft der jungen Generation!

Wir sind einzigartig und jetzt noch barrierefreier

Eine frische Brise: Der Paritätische hat sein Corporate Design überarbeitet

Dem Paritätischen ist Barrierefreiheit ein sehr wichtiges Anliegen. Deswegen wurde im vergangenen Jahr an einer „Modellpflege“ des Corporate Designs gearbeitet. Seit Mai werden Stück für Stück die einzelnen Bausteine umgesetzt.

Mit der Entscheidung für seine neue Hauschrift Atkinson Hyperlegible leistet der Paritätische Gesamtverband einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Barrierearmut seiner Kommunikation. Diese Schrift wurde speziell entwickelt, um Lesbarkeit und Verständnis für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen oder Legasthenie zu steigern.



Chancengleichheit für alle

Das Logo symbolisiert den Grundgedanken des Paritätischen: Chancengleichheit für alle, nach ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen. Denn, so definiert es die Mathematik: „Das Gleichheitszeichen steht zwischen zwei in ihrem Wert identischen Ausdrücken.“ Im neuen Logo wurden Strichstärken und Abstände im Sinne einer besseren Lesbarkeit optimiert und in der neuen Schrift umgesetzt.

Alle Tochtergesellschaften und Mitgliedsorganisationen wurden inzwischen gesondert informiert. Dazu Uta-Micaela Dürig, Vorstandin Sozialpolitik: „Wir freuen uns sehr, wenn viele Mitglieder das frische Design zum Anlass nehmen, um zu zeigen, dass sie Mitglied im Paritätischen sind. Auf ihrer Webseite, in den Sozialen Medien oder auf Drucksachen – wir sind viele und #WirSindParität!“



Atkinson Hyperlegible ist ein frei verfügbarer Schrift-Font, der jederzeit heruntergeladen werden kann, zum Beispiel auf <https://www.brailleinstitute.org/freefont> oder <https://fonts.google.com/specimen/Atkinson+Hyperlegible>.

Problematisch ist der Einsatz von Schriften aus dem Bestand von Google Fonts dann, wenn die Einbindung der Schriften auf einer Homepage unmittelbar durch Verlinkung auf Google Fonts durchgeführt wird. Durch die Form der unmittelbaren Verlinkung erfolgt beim Aufruf der Seite und der daraus folgenden Datenübermittlung an Google-Server eine DSGVO-inkompatible Datenweitergabe an Google. Diese Datenweitergabe wird bei unserem Einsatz dadurch umgangen, dass Schriften lokal auf dem jeweiligen Server gehostet werden.

Das Spitzenverbands-Logo im neuen Look steht zum Download zur Verfügung: <https://cloud.parityet-bw.de/nextcloud/index.php/f/127270>









Fragen zum Umgang mit dem Logo und dem Corporate Design beantwortet die Stabstelle Marketing & Social Media, Katrin Joret
Der Paritätische Baden-Württemberg
joret@paritaet-bw.de, www.parityet-bw.de



OKJA ALS ORT GELEBTER DEMOKRATIE

Die LAGO ...

- ... **vertritt**
Klare Positionen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- ... **vernetzt, berät und unterstützt**
Einrichtungen, Organisationen und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien und Haltungen
- ... **qualifiziert**
Fachkräfte und Interessierte über Fachveranstaltungen, Fachbeiträge, Publikationen, Beratung, ...
- ... **entwickelt**
Ideen und Konzepte der Demokratieförderung in der OKJA



Bündnispartnerschaft für gute Lebensbedingungen

Mitgliedschaft in der LAGO stärkt die Offene Kinder- und Jugendarbeit

Wer kennt sie nicht: Jugendhäuser und Jugendtreffs, Aktivspielplätze, Jugendfarmen, Spielmobile oder internationale Jugendworkcamps. Sie alle zählen zum vielfältigen Angebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). Ihnen allen ist gemein, dass sie wichtige Erfahrungs- und Lernräume für junge Menschen schaffen. Sie begleiten Kinder und Jugendliche in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung. Im Sozialraum sind sie nicht mehr wegzudenken und tragen zur Schaffung positiver Lebensbedingungen für junge Menschen bei.

Mit dem Paritätischen Jugendwerk (PJW) setzt sich der Landesverband für die Offene Kinder- und Jugendarbeit ein. Dieses bietet für Mitgliedsorganisationen fachliche Beratung, Informationsaufbereitung sowie Vernetzungs- und Fortbildungsangebote an. Zudem berät es über Fördermöglichkeiten und macht sich auf Landesebene für die Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Offenen Kinder- und Jugendarbeit stark.

Enge Verbundenheit setzt sich fort

Um auf Landesebene die OKJA weiter voranzubringen, braucht es starke Bündnispartner. Deshalb hat sich der Pa-

ritätische Baden-Württemberg für eine Mitgliedschaft in der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO) entschieden. Am 5. Mai 2023 wurde der Landesverband nunmehr offiziell Mitglied in der LAGO und setzt somit die bestehende enge Verbundenheit zwischen LAGO und dem Paritätischen Jugendwerk fort.

Im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft interviewte die Redaktion Torsten Hofmann, 1. Vorstandsvorsitzender der LAGO, und Barbara Brüchert, Bereichsleiterin Jugend und Bildung im Paritätischen Landesverband, zu gemeinsamen Zielen, aktuellen Themen und zur weiteren Perspektive der OKJA.

Was möchte die LAGO mit dem Paritätischen als neues Mitglied bewegen?

Hofmann: Die OKJA und damit die LAGO brauchen eine starke Position und Sichtbarkeit in Richtung Politik. Mit dem Paritätischen als großer Partner, gewinnt die LAGO eine wichtige, starke Stimme, die das Arbeitsfeld stärkt und uns fachlich bereichert.

Welche Themen beschäftigen derzeit die Offenen Kinder- und Jugendarbeit?

Hofmann: Die Offenheit des Arbeitsfelds spiegelt sich in der Vielfalt der Themen wieder. In der OKJA geht es aktuell um die Themen BNE, LKJHG-Reform und Inklusion, Demokratiebildung & Partizipation, die Folgen von Corona & Beratungsbedarfe oder Geschlechtervielfalt.

Grundsätzlich geht es aber natürlich vor allem um all die Themen, die von den jungen Menschen mitgebracht werden. Die OKJA ist dann immer gefragt, zu überlegen, wie sie die jungen Menschen dabei unterstützen kann, ihre Interessen und Anliegen sicht- und hörbar zu machen.

Wie muss aus Ihrer Sicht eine zukunftsfähige OKJA aussehen?

Hofmann: Meiner Meinung nach sollten wir uns wieder auf die Stärken unseres Arbeitsfeldes konzentrieren. Die Zukunft hält viele Herausforderungen für uns bereit, die wir nicht planen, steuern oder vorbereiten können. Fachlich stark aufstellen, Gedanken und Pläne für die nächste Zeit machen und dann spontan auf die aktuellen Bedürfnisse eingehen. Wer kann das besser, als die Fachkräfte in der OKJA? Wir sind nicht diejenigen, die junge Menschen betreuen und beaufsichtigen, wir begleiten Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu selbständigen Persönlichkeiten. Für diese gesellschaftlich hoch relevante Aufgabe der OKJA braucht es aber natürlich auch politische und fachliche Unterstützung und gut qualifizierte Fachkräfte.



Welche Chance sieht der Paritätische in der Mitgliedschaft bei der LAGO?

Brüchert: Wir freuen uns sehr über die Mitgliedschaft. Diese ermöglicht für die Offene Kinder- und Jugendarbeit eine gemeinsame starke Lobbyarbeit auf Landesebene. Zudem schätzen wir den fachlichen Austausch in der LAGO.

Welche Themen gehen Sie aktuell im Paritätischen in der OKJA an?

Brüchert: Die Themen sind vielfältig wie die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Aktuell beschäftigt uns die inklusive Ausrichtung der Angebote. Aber auch die Themen Schutzkonzepte und geschlechtersensibles Arbeiten stehen weit oben auf unserer Agenda.

Welche Herausforderungen in der OKJA sehen Sie in der Zukunft?

Brüchert: Derzeit sehen wir zwei wesentliche Herausforderungen. Zum einen ist der Fachkräftemangel zu nennen. Welche Angebote werden wir in der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der Daseinsfürsorge halten können? Wie verändern sich die Standards? Zum anderen wird sich das Ganztagesförderungs-gesetz auf die OKJA auswirken. Werden Kinder den Zugang zu diesem Angebot im Sozialraum noch nutzen können? Wird die OKJA Dienstleister für die Schulen oder ist sie Kooperationspartner*in auf Augenhöhe?

Wir machen uns dafür stark, dass die OKJA in Anbetracht dessen weiterhin ein Angebot für junge Menschen in ihrem Sozialraum bleibt!

LAGO

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. ist der Dachverband für die Offene Kinder- und Jugendarbeit auf Landesebene. In diesem haben sich sechs Fachverbände/Landesorganisationen aus der OKJA mit insgesamt über 1.500 Einrichtungen zusammengeschlossen. Die LAGO vertritt die Interessen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg gegenüber der Landespolitik und ist in Gremien aktiv. Sie setzt sich für die Verbesserung von Rahmenbedingungen ein und übernimmt die notwendige Lobbyarbeit. Zudem macht sich die LAGO seit einigen Jahren für Demokratiebildung und Inklusion stark und hält dazu landesweite Projekte vor.



Weitere Informationen

www.lago-bw.de

Kontakt

Julia Roller, Bildungsreferentin PJW
Bereich Jugend und Bildung
Der Paritätische Baden-Württemberg
j.roller@paritaet-bw.de, www.paritaet-bw.de

Hannes König, Geschäftsführung
Landesarbeitsgemeinschaft Offene
Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.
h.koenig@lago-bw.de, www.lago.de





Bühnenreif!

Von der Dokumentation über Missstände in einem Waisenhaus zum Theaterstück „Die Ehemaligen“

In den Jahren 2013 und 2014 erschien, vom damaligen Stiftungsdirektor Lothar A. Böhler angestoßen und vom Historiker Dirk Schindelbeck erarbeitet, eine zweibändige Dokumentation. Sie präsentierte der Öffentlichkeit das Ergebnis einer Aufarbeitung über die Missstände im ehemaligen Waisenhaus in Freiburg-Günterstal (sexueller Missbrauch, Essenszwang, Schwarze Pädagogik etc.) in der Nachkriegszeit bis etwa 1985.

Möglich geworden war die 570 Seiten starke Untersuchung, weil aus Mangel an schriftlichen Quellen in der Tagespresse im Mai 2012 ein Zeitzeugenauftrag lanciert worden war, auf den hin sich 90 ehemalige Bewohner*innen des Waisenhauses meldeten. Diese Menschen wurden zu Gesprächen eingeladen, die der Historiker gemeinsam mit Helmut Roemer, Fachbereichsleiter der Kinder- und Jugendhilfe der Waisenhausstiftung, führte und zu längeren Porträts verschriftlichte. Jahre später sollten diese Texte das Ausgangsmaterial für das Theaterstück bilden.

Auswirkungen auf die pädagogische Arbeit

Diese Auseinandersetzung mit der Geschichte des Waisenhauses sollte auch Auswirkungen auf die pädagogische Arbeit in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe der Waisenhausstiftung haben – dergestalt, dass die Ausgestaltung der professionellen Beziehung und die Mitwirkung und Teilhabe in den Fokus der pädagogischen Arbeit rückten. Beide Elemente spielten in der Nachkriegszeit noch keine Rolle, sind aber seither tragende Elemente heutiger Pädagogik.

So wichtig die Dokumentation im Hinblick auf die Herausarbeitung der Fakten war – ihre Lektüre ist mühsam. Angesichts dessen stand schon früh die Idee im Raum, das schwere Thema auch niederschwellig zu präsentieren. Als es dann 2014 in den Räumen der Waisenhausstiftung erstmals zu einem Treffen von ehemals im Heim untergebrachten Kindern und Jugendlichen kam – was seither alljährlich in einem stets sich vergrößernden Kreis von Ehemaligen stattfindet – war die Voraussetzung gegeben, den Betroffenen das Projekt eines Theaterstücks mit ihnen selbst als möglichen Akteuren vorzustellen.

Ein ungewöhnliches Projekt

Ende 2018 kam es nach einer Aufführung der seit 25 Jahren am Freiburger Theater agierenden Laienspieltheatertruppe „die methusalems“ zum Kontakt mit deren Regisseur Veit Art. Bald entwickelte sich eine intensive Zusammenarbeit, die schließlich zu einem der ungewöhnlichsten Projekte in der deutschen Theaterlandschaft überhaupt führte – indem es „methusalems“ und ehemalige Waisenhausbewohner gemeinsam auf die Bühne brachten!

Bis dahin war es allerdings ein steiniger Weg, angefangen von der ab März 2020 einsetzende Pandemiephase, die über viele Monate hin nur Video-Konferenzen zuließ und das Projekt „verspäteter (Tandem-)Freundschaften“ zwischen einzelnen Ehemaligen des Waisenhauses und methusalems erst ganz allmählich auf den Weg brachte – über viele Zwischenstadien bei der Erarbeitung einer bühnenreifen Fassung bis hin zu den dramatischen Ereignissen vor der Uraufführung, als diese aufgrund von Corona-Infektionen von gleich neun Akteuren verschoben werden musste und von den geplanten neun Vorstellungen am Ende nur fünf durchgeführt werden konnten.

Szene für Szene erarbeitet

Bei dem Stück „Die Ehemaligen“ handelt es sich um sogenanntes Doku-Theater. Im Gegensatz zum klassischen Illusionstheater arbeitet es faktenbasiert, nutzt einerseits die szenischen Möglichkeiten der Bühne mit ihren Imaginationsräumen, andererseits werden viele Real-Informationen in das Spiel eingebunden. Auch gibt es keinen vorgefertigten Text, der dann in einem zweiten Schritt auf die Bühne gebracht wird, sondern das Stück wird an und auf der Bühne selbst mit den Akteuren Szene für Szene erarbeitet, indem deren Lebensgeschichten zum konstituierenden Teil des Handlungsablaufs werden.

Supervision begleitet das Ensemble

Bei all dem achtete das Regieteam (Veit Artt, Veronika Bendiks und Bühnenbildner Jens Burde) stets darauf, dass den Ehemaligen immer die letzte Entscheidung darüber blieb, was sie von ihren jeweiligen Heim-Erlebnissen darstellen wollten. Auch entwickelten sich darüber im Ensemble Spannungen, die zu Störungen führten, die durch eine begleitende Supervision abgefedert werden konnten.

Im Zentrum des von Jens Burde gestalteten Bühnenbildes stand eine multifunktionale, begehbare Box, die sowohl als Schleuse von der Außenwelt in die Innenwelt des Waisenhauses fungierte, genauso gut aber auch die Situation in einem Beichtstuhl vorstellen konnte. Technisch war sie so ausgelegt, dass sie auf der Schauseite auch Videoprojektionen mit jenen Ehemaligen zuließ, die sich nicht unmittelbar auf die Bühne begeben wollten.



Die Resonanz der Besucher war überwältigend; das Stück ging vor allem deshalb so unter die Haut, weil es die Not der Kinder in all ihrer Verlorenheit, dem Heim-System so rettungslos ausgeliefert zu sein, erlebbar machte. Dass die Theaterbesucher trotz dieser schweren Kost nicht deprimiert, sondern eher nachdenklich nach Hause gehen konnten – dafür sorgten etliche Sequenzen, die lebensgeschichtliche Erzählungen einzelner Akteure nach ihrer Entlassung aus dem Heim zu einem mutmachenden Ende abschlossen.

Careleaving-Konzepte sind wertvoll

Das Theaterstück wurde auch von vielen Fachkräften und Bewohner*innen, bzw. Careleavern aus Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe angeschaut. Deren Rückmeldungen waren überraschend: Sie erlebten die biografischen Rahmenbedingungen, beispielsweise der Herkunftsfamilie als den ihren sehr ähnlich und auch den Zwangskontext in den Wohngruppen als einschränkend, ohne dass sie solch drakonischen Sanktionen wie den im Stück aufgezeigten ausgesetzt waren. Außerdem beschrieben sie die Verlorenheit nach dem Verlassen der Einrichtungen, da sie noch keine Careleaver-Konzepte erlebten. Dies ist Ansporn für die Waisenhauseinrichtung Freiburg in ihren Einrichtungen mehr Ressourcen für das Careleaving zur Verfügung zu stellen.

Dirk Schindelbeck, Helmut Roemer



Kontakt

Helmut Roemer, Leiter der Kinder- und Jugendhilfe, Waisenhauseinrichtung Freiburg
 roemer.h@sv-fr.de
 www.stiftungsverwaltung-freiburg.de

Eingliederungshilfe 2030

Fachwelt diskutiert über die Zukunft der Teilhabe in Baden-Württemberg

Mit der zweiteiligen Veranstaltung „Eingliederungshilfe 2030 - Die Zukunft der Teilhabe in Baden-Württemberg gestalten“ lädt die Liga der freien Wohlfahrtspflege die Fachwelt ein, gemeinsam über die Zukunft der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zu diskutieren. Der erste Teil, der am 3. Mai in Stuttgart mit ca. 170 Teilnehmer*innen stattfand, nahm Leistungssysteme im europäischen Vergleich in den Fokus.

Die aktuellen Herausforderungen bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) wurden in einer Gesprächsrunde mit Simone Fischer, Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Prof. Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg und Jochen Ziegler, Vorsitzender des Liga-Ausschuss „Psychiatrie und Behindertenhilfe“ deutlich.

Spannungsfeld Anwaltschaftlichkeit und Marktbehauptung

Professor Dr. Georg Cremer nahm in seinem Referat das Spannungsfeld zwischen Anwaltschaftlichkeit und Marktbehauptung in den Blick. Er stellte dar, wie sich das Wunsch- und Wahlrecht auf das Angebot und den Wettbewerb auswirkt und führte aus, dass Nutzer*innen sozialer Dienstleistungen immer dann Einfluss gewinnen, wenn sie Wahloptionen haben. Wenn Bürger*innen mit Behinderung entscheiden können, welche Unterstützung sie bei welchem Leistungserbringer in Anspruch nehmen, entwickelt sich ein Wettbewerb, der ihre Wahlrechte garantiert.

Entwicklung in den skandinavischen Ländern

Dr. Cornelia Heintze stellte in ihrem Vortrag Situation und Entwicklungen in Norwegen, Schweden und Dänemark vor. Das gemeinsame Ziel der skandinavischen Länder, 2030 die „Region mit den weltweit inklusivsten Gesellschaften“ zu sein, wird durch vergleichsweise einfache Finanzierungssysteme erleichtert. Da es – anders als in Deutschland – keine getrennten Zuständigkeiten verschiedener Sozialversicherungen gibt, ist die Leistungsgestaltung flexibler und passgenauer. So existiert in Norwegen für alle sozialversicherungspflichtigen Geldleistungen (Arbeitslosengeld, Rente, Krankengeld etc.) eine einzige Volksversicherung, aus der alle Hilfen finanziert werden.

Kompetenzkarten und Persönliches Budget

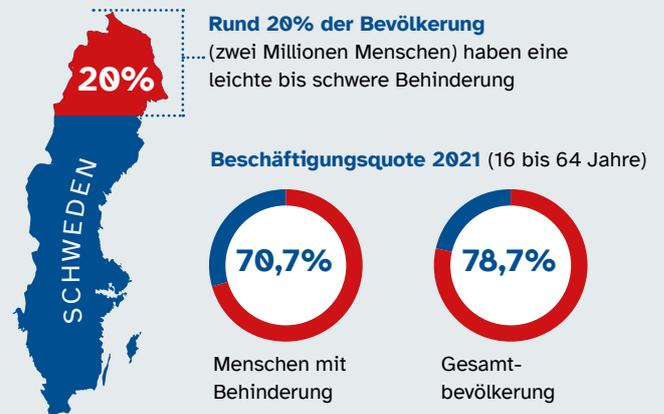
In Dänemark und Schweden ist die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung überaus erfolgreich. In Dänemark werden seit einigen Jahren Kompetenzkarten in Zusammenarbeit mit den kommunalen Job-Centern vergeben, in denen die Fähigkeiten einer Person erfasst sind. Sie berechtigt die Inhaber, die Unterstützungsleistungen zu erhalten, die für eine konkrete Arbeitsintegration erforderlich sind. In Schweden haben Menschen mit einem Assis-

tenzbedarf von mehr als 20 Wochenstunden Anspruch auf ein Persönliches Budget, das umfangreich für alle benötigten Leistungen eingesetzt werden kann.

Politischer Wille und langer Atem

Fazit dieses Blicks über den Tellerrand war: Integrierte Unterstützungsleistungen bedürfen integrierter Strukturen – bei den Leistungen als auch bei der Finanzierung. Und auch das war eine Erkenntnis: Dazu braucht es den politischen Willen und Mut und auch einen langen Atem. Teil II der Veranstaltung findet am 13. Oktober 2023 wieder in Stuttgart statt. Dann wird es noch einmal um Handlungsimpulse für eine zukunftsfähige Eingliederungshilfe gehen – dieses Mal mit dem Fokus darauf, Qualität und Fachlichkeit unter neuen Rahmenbedingungen zu sichern.

Arbeitsmarktintegration in Schweden



Festanstellungsquote entspricht der aller Beschäftigten:

Frauen 87,4%; Männer 86,7%

Anpassungsmaßnahmen des Arbeitsumfeldes sind bei etwa jedem zweiten Beschäftigten mit Behinderung erforderlich.

Quelle: Dr. Cornelia Heintze

Kontakt

Heike Händel
Referentin für die Teilhabe am Arbeitsleben
im Bereich Menschen mit Behinderung
Der Paritätische Baden-Württemberg
haendel@paritaet-bw.de, www.paritaet-bw.de

Für eine sozial-ökologische Zukunft Ungleichheit bekämpfen

Ökologische Krisen und was auf dem Spiel steht

Die ökologischen Krisen unserer Zeit stellen die Zukunft der menschlichen Zivilisation in Frage. Sie haben soziale Konsequenzen und führen unweigerlich zu sozialen Krisen. Tatsächlich hängen auch die Ursachen der sozialen und ökologischen Krisen unserer Zeit direkt zusammen – und müssen daher auch zusammen gelöst werden.

Steigende Ungleichheiten und Umweltzerstörung sind das Ergebnis eines dysfunktionalen Wirtschaftssystems. Sie sind kein Fehler im System, sondern Teil des Systems selbst. Es braucht daher einen umfassenden Wandel hin zu einem neuen ökosozialen Arrangement des Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens.

Unsere heutige Art zu leben und zu arbeiten, ist nicht mit einer lebenswerten Zukunft kompatibel. Sie basiert auf einem ökonomischen Modell, das Ungleichheit produziert und zugleich daran scheitert, innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu wirtschaften. Wir werden diese Krisen gesellschaftlich nur lösen können, wenn wir Armut beseitigen und materielle Ungleichheiten massiv verringern.

Ökologische und soziale Anliegen verbinden

In der Verbindung sozialer und ökologischer Anliegen liegt eine große Chance. Wir denken dabei an eine zukunftsfähige und nachhaltige Gesellschaft. Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen sehen es daher als ihre Aufgabe, ihren Beitrag zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft zu leisten. Dazu gehört auch das Ziel der Klimaneutralität und der Beitrag zur Erreichung des 1,5°-Ziels von Paris.

Vielerorts werden im Paritätischen bereits Wege zu einer ökologisch nachhaltigen Sozialen Arbeit erprobt und Maßnahmen umgesetzt. Der Paritätische bekennt sich dazu, diese Schritte zu mehr Umweltschutz im eigenen Handeln konsequent weiterzugehen und zu beschleunigen.



Die richtigen politischen Rahmenbedingungen können jedoch dafür sorgen, dass gemeinnützige soziale Organisationen ihr Potenzial im Umwelt- und Klimaschutz voll entfalten können. Hierbei gilt es die unterschiedlichen Finanzierungsgrundlagen zu beachten. Es braucht unbürokratische und zuverlässige Förderprogramme mit möglichst geringen Eigenanteilen. Vor allem aber muss die Refinanzierung von Ausgaben für den Umweltschutz, insbesondere für Investitionen in umweltschonendes Wirtschaften und in die Klimaanpassung, aber auch für ökologisch geschultes Personal, über die jeweilige Regelfinanzierung abgedeckt sein, was heute noch nicht der Fall ist.

Es braucht Finanzierung von Digitalisierung und Klimaschutz auch für die Sozialwirtschaft! Wir fordern von der Politik, dass sie soziale Einrichtungen zum Umwelt- und Klimaschutz befähigt. Als Paritätiker*innen sehen wir gemeinsam und auf allen Ebenen – von den Kommunen über die Länder bis zum Bund – zeitnahe, entschlossene und konsequente politische Weichenstellungen für eine ökologisch nachhaltige Soziale Arbeit und Gesellschaft als dringend gegeben an. Es ist die Zeit des Handelns, nicht des Wegschauens.

Weitere Infos

Grundsatzposition
„Für eine sozial-ökologische Zukunft Ungleichheit bekämpfen“
Paritätischer
Wohlfahrtsverband
Baden-Württemberg
www.paritaet-bw.de



Kontakt

Stephanie Schultz,
Stabsstelle
Nachhaltigkeit
Der Paritätische
Baden-Württemberg
schultz@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

» Bereich Krisenintervention und Existenzsicherung

Tagung „Familienfreundlicher Strafvollzug“



In Deutschland erleben jährlich ca. 100.000 Kinder, dass ein Elternteil inhaftiert und aus dem Familiengefüge gerissen wird – oft mit gravierenden Folgen für die Familie. Wo findet diese Unterstützung in der existenziellen Krise? Angehörige von Inhaftierten dürfen nicht „mitbestraft“ werden! Fachleute diskutieren am 17.-18. Juli 2023 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, wie ein „familienfreundlicher Strafvollzug“ die Nachteile für betroffene Familien verringern kann.

Weitere Infos

<https://www.ev-akademie-boll.de/tagung/520323.html>



» Bereich Jugend und Bildung

Kollegiale Beratung für Fachdienste der (teil-)stationären Jugendhilfe

Initiiert vom Referat Jugend fand in 2022 der erste paritätische Fachtag für Mitarbeitende aus den Fachdiensten der teil- und vollstationären Jugendhilfe statt. Auf Wunsch der Teilnehmenden nach einem regelmäßigen Austausch hat die Paritätische Akademie Süd ein Angebot der kollegialen Beratung in digitaler Form entwickelt. Dieses startet im September 2023. Das Angebot richtet sich explizit an Mitarbeitende aus den Fachdiensten der (teil-) stationären Jugendhilfe. Anmeldungen sind bereits möglich.

» Bereich Familie, Kinder, Migration und Diversity

Podcastreihe Let's talk about diversity

Anlässlich der Aktionswoche „30 Jahre Asylbewerberleistungsgesetz“ sprach Nathalie Wollmann mit Julian Staiger vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg.

Zum Podcast

<https://www.youtube.com/watch?v=RjG4TGELDMk>



Nathalie Wollmann sprach im Rahmen von Let's talk about Diversity mit Isabelle Melcher vom VLSP* über das #Selbstbestimmungsgesetz und die Projektarbeit im Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg.

Zum Podcast

<https://www.youtube.com/watch?v=naqY2IdfDyc>



» Stabstelle Grundsatzfragen und Lobbyarbeit

Im Oktober 2022 startete Katharina Mittler als Referentin für Arbeitskräftebindung und -gewinnung im Bereich der Mitgliederberatung. Nachdem die ersten Gespräche mit allen Seiten geführt und eine Workshop-Reihe geplant und begonnen wurden, klärte sich der Auftrag der Mitgliedsorganisationen in Bezug auf Aufgabe und Ausrichtung der Stelle.

„Diese ist, anders als die Stellen zur Entgeltberatung und zum Arbeits- und Tarifrecht, momentan hauptsächlich strategisch und sozialpolitisch zu sehen, da die Herausforderungen nur zum Teil von den Mitgliedsorganisationen selbst lösen sind. Ergänzend braucht es eine klare Positionierung und neue Konzepte in der Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit“, so Uta-Micaela Dürig, Vorständin für Sozialpolitik des Paritätischen Baden-Württemberg.

Um die Zusammenarbeit in Bezug auf Sozialpolitik so gut wie möglich zu gestalten, wechselte Katharina Mittler deshalb zum 1. Juni 2023 in die Stabstelle Grundsatzfragen und Lobbyarbeit. Die geplanten Workshops zu den Themen Arbeitskräftegewinnung aus dem Ausland und Attraktivität Sozialer Berufe (im Juni und September) finden wie geplant statt. Impulse und Erfahrungen der Mitgliedsorganisationen sind weiterhin sehr erwünscht.

Kontakt und weitere Infos Katharina Mittler, Referentin

Arbeitskräftebindung und -gewinnung, mittler@paritaet-bw.de

Paritätische Akademie Süd gGmbH

Die Paritätische Akademie Süd ist als telc Prüfungszentrum auf die deutsche Sprache akkreditiert. Im Unterschied zu anderen Sprachkursanbietern arbeiten wir online und berufsbegleitend in Kleingruppen. Daher ist ein individueller Zugang zu den jeweiligen Teilnehmer*innen möglich. Neben Sprachprüfungen ab Juni 2023 finden ab Herbst Vorbereitungskurse statt sowie fachspezifische Sprachkurse zum Beispiel für den Pflegebereich.

Weitere Infos

Kai Kneule unter sprachzentrum@akademiesued.org
Tel. 0711 286976-10



» Regionale Verbandsarbeit

Regionalverbund Südbaden
Kreisverband Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald

Die Aktion Seitenwechsel des Kreisverbandes Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald lief den gesamten Mai über in 15 Mitgliedsorganisationen, die zahlreiche Angebote für einen Seitenwechsel geboten haben. Eingeladen waren die Lokal-, Landes- und Bundespolitiker*innen, die für den Wahlkreis verantwortlich sind.

Weitere Infos

<https://paritaet-bw.de/leistungen-services/fachinformationen/seitenwechsel-im-kv-freiburgbreisgau-hochschwarzwald>



Regionalverbund Nordschwarzwald
Kreisverband Pforzheim/Enzkreis

Arbeitskreis hofft auf finanzielle Unterstützung der Kommunen



Pforzheim ist eine der wenigen Städte vergleichbarer Größe, in der es keine Beratungsstelle für erwachsene Betroffene nach sexualisierter Gewalt gibt. Deshalb haben sich sieben Einrichtungen zum Arbeitskreis „Beratung für betroffene Erwachsene nach sexualisierter Gewalt“ zusammengeschlossen.

Weitere Infos

<https://paritaet-bw.de/presse/pressemitteilungen/arbeitskreis-hofft-auf-finanzielle-unterstuetzung-der-kommunen>



Sozial von Beruf – Der Paritätische auf BerufeMeile in Pforzheim

Erstmalig veranstaltete die Stadt Pforzheim und der Enzkreis die BerufeMeile – ein BerufeFest unter freiem Himmel. Innungen, Verbände und viele mehr waren unternehmens- und branchenübergreifend vertreten und stellten über 30 Berufsbilder vor. Der Paritätische Nordschwarzwald beteiligte sich gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen Familienzentrum Au, Else-Mayer-Schule, Plan B und der Lebenshilfe Pforzheim Enzkreis und informierte über verschiedene Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote.

Weitere Infos

<https://paritaet-bw.de/presse/pressemitteilungen/sozial-von-beruf-der-paritaetische-auf-berufemeile-pforzheim>



Regionalverbund Stuttgart plus Region
Kreisverband Ludwigsburg

Politiker*innen wechseln die Seite

Der Kreisverband Ludwigsburg und seine Mitgliedsorganisationen haben mit der Aktion Seitenwechsel Kommunalpolitiker*innen zum Praktikum in den sozialen Einrichtungen eingeladen, um soziale Arbeit vor Ort live mitzuerleben. Die Beteiligung war überwältigend. Mitglieder von Gemeinderat, Kreistag, Landtag und Bundestag haben die Chance genutzt. Die gewonnenen Erfahrungen über die geleistete Wertarbeit sowie die Herausforderungen und Probleme in den Mitgliedsorganisationen haben bei Presse, Politik und Verwaltung ordentlich Eindruck hinterlassen.

Weitere Infos

<https://paritaet-bw.de/presse/pressemitteilungen/chance-zum-seitenwechsel-genutzt>



Ehrungen

Höchste Auszeichnungen für Engagierte

Uta-Micaela Dürig und Ulf Hartmann haben folgende Personen für ihr herausragendes Engagement für den Verband ausgezeichnet:

Goldene Ehrennadel

Andrea Gerth, Kreisverband Mannheim
Birgit Maaßen-Rux, Kreisverband Mannheim
Wolfgang Meyer-Buerdorf, Kreisverband Ortenau
Eberhard Müller, Kreisverband Stuttgart
Dr. Claudia Schöning-Kalender, Kreisverband Mannheim
Dr. Maria Stubenvoll, Kreisverband Emmendingen
Karin Woyta, Kreisverband Göppingen

Silberne Ehrennadel

Achim Feyhl, Kreisverband Ortenau
Dr. Christoph Jopen, Kreisverband Ortenau
Lothar Murzig, Kreisverband Waldshut-Tiengen



Ulf Hartmann, Vorstand für Finanzen & Mitgliederberatung, überreicht Eberhard Müller die Goldene Ehrennadel für sein langjähriges Engagement im Paritätischen Baden-Württemberg.

Zehn Jahre ehrenamtliche Patientenbegleitung

Alte, insbesondere allein lebende Menschen stehen häufig vor einer großen Aufgabe, wenn sie sich zum Arzt begeben müssen: Wo genau muss ich eigentlich hin, was muss ich mitnehmen und wie schaffe ich den Weg ohne zu stürzen? Das sind typische Fragen, die sich so manch ein älterer Patient stellt. Dazu kommen Unsicherheiten, ob das, was der Arzt in seiner knappen Zeit sagt, auch verstanden wird und ob die eigenen Themen Platz finden und nicht vergessen werden. Für all diese Themen sind die ehrenamtlichen Patientenbegleiter*innen da. Die Freiburger Freiwilligenagentur (FFA) koordiniert sie.

Patientenbegleiter*innen sind freiwillige Vertrauenspersonen, die größtenteils einen pflegerischen oder medizinischen Hintergrund haben und/oder von der FFA geschult wurden. Während ihrer Einsätze stehen sie den Menschen als Gesprächspartner zur Verfügung, denken mit und begleiten auf dem Weg zum Arzt oder ins Krankenhaus. Sie gehen auf die individuellen Hilfebedürfnisse ein und organisieren die erforderlichen Schritte.

Was vor mehr als zehn Jahren mit einer Idee begann, ist längst zur unersetzlichen Unterstützung für zahlreiche ältere Menschen in Freiburg geworden. „2022 hatten wir 361 Einsätze für etwa 150 Senior*innen“, resümiert Katharina Schulz, die im Rahmen einer Ehrenamtschulung die Einsätze koordiniert.

„Die Anfragen von Senior*innen haben in den letzten Jahren immer mehr zugenommen“, berichtet FFA-Mitarbeiterin Heike Arens. Schon lange könnten nicht mehr für alle Anfragen Patientenbegleiter gefunden werden. Besonders schwer war es in der intensiveren Corona-Zeit, als das Thema Impfpflicht so manche Wege auseinanderführte. Manch langjährige Patientenbegleiter*in ging verloren.

Ein Artikel über das zehnjährige Jubiläum in der Badischen Zeitung, in dem ein Patientenbegleiter über sein Ehrenamt berichtet, führte allerdings zu 14 neu Interessierten, von denen einige blieben. Aktuell zählt die FFA 12 engagierte Patientenbegleiter*innen. „Diese ehrenamtlichen Patientenbegleiter*innen fangen in gewisser Weise auf, was früher die Familien selbst organisieren konnten, als diese noch größtenteils nahe beieinander wohnten“, so Annika Beutel, Paritätische Regionalleitung Südbaden. „Wir sind sehr dankbar für dieses großartige Engagement unserer Patientenbegleiter*innen, die so viele ältere Menschen mit Hand und Herz unterstützen“.

Das zehnjährige Jubiläum wurde mit Engagierten und potenziell Interessierten bei leckerer Verköstigung, einer Lesung und begleitender Harfenmusik gefeiert.



2022

» 361
Einsätze für

» 150
Senior*innen



mitmachboerse.de

Interessierte Freiwillige können sich über die Mitmachbörse www.mitmachboerse.de der FFA über sämtliche Unterstützungswünsche von Organisationen informieren und in direkter Absprache oder über FFA-Mitarbeiterin Heike Arens ein passendes Angebot finden, welches sie persönlich gerne unterstützen möchten. Auf die gleiche Weise können sich Organisationen melden und ihre Unterstützungsbedarfe eingeben.



BZ-Artikel: <https://www.badische-zeitung.de/der-freiburger-jochen-galena-geht-mit-mal-zum-zahnarzt-mal-zur-operation--223453178.html> 2022



Kontakt

Annika Beutel
Leitung Paritätischer
Regionalverbund Südbaden
beutel@paritaet-bw.de

Patientenbegleiter*innen:
[https://freiwillige-freiburg.de/
content/themen-und-projekte](https://freiwillige-freiburg.de/content/themen-und-projekte)



Haftungsbeschränkungen durch Ressortverteilung im Vorstand

Trotz der grundsätzlich unbeschränkten Haftung des Gesamtvorstands, kann bei einem mehrgliedrigen Vorstand eine Beschränkung der Haftung durch eine Ressort- bzw. Geschäftsverteilung erreicht werden. Ressortverteilungen ermöglichen die Verteilung einzelner Bereiche nach fachlichen Gesichtspunkten. Es besteht die Möglichkeit, jedes Vorstandsmitglied nach seinen entsprechenden Fähigkeiten einzusetzen. Andererseits ist es in diesem Fall einem Vorstandsmitglied aber auch verwehrt, in den Geschäftsbereich des anderen Vorstandsmitglieds einzugreifen.

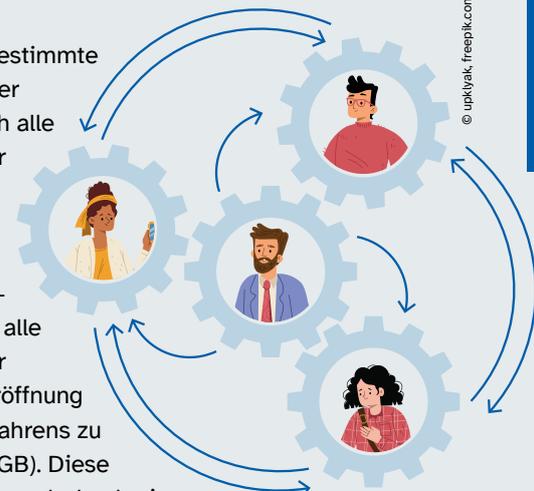
Voraussetzungen für Haftungsbeschränkung

Möchte der Verein das Ressortprinzip einführen, ist eine Satzungsgrundlage anzuraten, da der Verein mit der Ressortregelung vom Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung (§§ 26, 28 Abs.1, 40 BGB) abweicht. In jedem Fall ist aber Voraussetzung für die haftungsbeschränkende Wirkung der Ressortverteilung, dass diese klar, eindeutig und schriftlich erfolgt ist, beispielsweise in einer Geschäftsordnung, die vom Aufsichtsgremium erlassen wird. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, beschränkt sich die Verantwortlichkeit des einzelnen Vorstandsmitglieds auf das übertragene Sachgebiet und es besteht grundsätzlich keine gegenseitige Aufsichtspflicht, sondern jedes Vorstandsmitglied kann sich darauf verlassen, dass die anderen Vorstandsmitglieder die ihnen zugewiesenen Aufgaben ordnungsgemäß erledigen, solange keine Anhaltspunkte für das Gegenteil bestehen (Sauter, Schweyer, Waldner, Der eingetragene Verein, Rz. 277a, 20. Auflage). Der Umfang der Überwachungspflicht des einzelnen Vorstandsmitglieds hängt somit vom Einzelfall ab. Nicht nötig ist jedenfalls, dass alle Vorstandsmitglieder ständig und umfassend über die Angelegenheiten aller Ressorts informiert werden. Eine generelle Kenntnis von der Art und Weise der Geschäftsführung der anderen Vorstandsmitglieder genügt. Nur wenn sich Verdachtsmomente für ein nicht ordnungsgemäß geführtes Ressort ergeben, verdichtet sich die Überwachungspflicht zu einer intensiven Kontrollpflicht.

Auswirkungen auf die Haftung

Die Aufteilung der Aufgabenbereiche in einzelne Ressorts führt dazu, dass das jeweilige Vorstandsmitglied für sein Ressort allein zuständig ist. Grundsätzlich haftet dann nur dieses Mitglied für schuldhafte Pflichtverletzungen in seinem Bereich. Die anderen Vorstandsmitglieder haben im Fall der Ressortaufteilung nur noch eine Überwachungspflicht. Sie müssen sich einen Überblick über die anderen Bereiche verschaffen und gegebenenfalls einschreiten, wenn es dort zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist.

Daneben müssen bestimmte Kernbereiche wie der Finanzbereich durch alle Vorstandsmitglieder überwacht werden. Wird der Verein zahlungsunfähig oder tritt eine Überschuldung ein, sind alle Vorstandsmitglieder in der Pflicht, die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zu beantragen (§ 42 BGB). Diese Verantwortung kann auch durch eine Ressortverteilung nicht auf ein einzelnes Vorstandsmitglied delegiert werden.



Beispiel

Bemerkte ein Mitglied des Vorstandes, dass immer wieder Mahnungen und Zahlungserinnerungen für den Verein eingehen, muss es den Kassierer ansprechen und sich nach der finanziellen Lage des Vereins erkundigen. Ergeben sich Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten in einem Ressort, müssen die übrigen Vorstandsmitglieder intensiver kontrollieren.

Fazit

Eine Ressortverteilung ist eine mögliche Haftungsbeschränkung bei einem mehrgliedrigen Vorstand. Sie führt allerdings nicht zu einem gänzlichen Entfall der Verantwortung, vielmehr bestehen Überwachungspflichten auch hinsichtlich der nicht selbst verantworteten Ressorts. Ergeben sich Verdachtsmomente für ein nicht ordnungsgemäß geführtes Ressort, verdichtet sich die Überwachungspflicht zu einer intensiven Kontrollpflicht der anderen Vorstandsmitglieder.

Kontakt

Dr. Steffi Hunnius, Rechtsanwältin
Servicebereich Recht
Der Paritätische Baden-Württemberg
hunnius@paritaet-bw.de, www.paritaet-bw.de

Eine Win-Win-Situation für alle

Im Blickfeld: Förderung und Erhalt von Gesundheit am Arbeitsplatz

In den vergangenen Jahren ist das Thema Gesundheit zu einem vorherrschenden Thema in Politik und Gesellschaft geworden. Neben den offensichtlichen Punkten (man lese: Umgang mit viralen Infektionen, Pandemien, etc.), ist auch die Gesundheit am Arbeitsplatz immer mehr in den öffentlichen Diskurs eingezogen. So auch in der Paritätischen Akademie Süd.



Auf der Homepage der Akademie Süd ist der gesamte Bereich BGM über eine eigene Landingpage eingebunden. Das volle Angebot inklusive aller aktuellen Veranstaltungen finden Sie hier:

<https://akademiesued.org/alle-bildungsangebote/betriebliches-gesundheitsmanagement>



Gesundheit am Arbeitsplatz ist als Themenbereich aus mehrerlei Gründen sehr wichtig. Zum einen steht das Thema für sich – mit den Angeboten der Akademie werden die Mitgliedsorganisationen der Landesverbände dabei unterstützt, ihre Weiterentwicklung im Bereich betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) voranzutreiben und die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten.

Gesundheit am Arbeitsplatz im Blick

Zum anderen ist das BGM aber auch unweigerlich mit dem immer dominanter werdenden Thema des Fach- und Arbeitskräftemangels verbunden. Besonders die kleinen und mittleren Mitgliedseinrichtungen des Paritätischen sind hiervon häufig betroffen. Betriebliches Gesundheitsmanagement in Einrichtungen kann Mitarbeitende an das Unternehmen binden, die Beschäftigungsfähigkeit fördern sowie sich positiv auf das Image als Arbeitgeber auswirken. Deswegen lohnt es sich, Gesundheit am Arbeitsplatz über die gesetzlichen Vorgaben hinaus zu betrachten und umzusetzen. Aus diesem Grund sind im Angebot auch Veranstaltungen im Bereich betriebliches Gesundheitsmanagement verortet, die auf psychische und körperliche Gesundheit, Resilienz, Stressmanagement und Konfliktmanagement und vieles mehr abzielen. All diese Faktoren können zur holistisch betrachteten Gesundheit der Mitarbeitenden der Mitgliedseinrichtungen beitragen.

Bedarfe der Mitgliedsorganisationen integriert

Seit einigen Jahren werden stetig weitere Angebote zum BGM sowie zum Arbeits- und Gesundheitsschutz entwickelt. Gemeinsam mit den Dozent*innen reagiert die Akademie auf die aktuellen Bedarfe der Mitgliedsorganisationen. Dabei wird eine Bandbreite von klassischen Präsenzveranstaltungen über innovative Blended-Learning-Formate bis zu Online-Kursen angeboten.

Über die eigenen Angebote hinaus hat die Paritätische Akademie Süd (PAS) auch eine Reihe an Kooperationen im Bereich BGM mit diversen Partnern: die Verbändekooperation mit der BGW, die Kooperation mit der BGW zur alternativen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung (abB) und die Kooperation mit der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheit in Saarbrücken und der BSA-Akademie, mit denen die Akademie das Projekt „gesundheitsfördernde Arbeitswelt“ initiiert hat. Finanziert wird dieses Projekt durch die IKK Südwest, die AOK Bayern und die AOK Baden-Württemberg.

Kontakt

Katrin Vetrano
Bildungsmanagement BGM/
Bildungsangebote Hochschulen (Bachelor of Arts)
vetrano@akademiesued.org
www.akademiesued.org

Festakt

20.9.2023

Weißer Saal, Stuttgart
mit Preisverleihung

Bürgerfeste

Auftakt am 20.9.2023

16-18 Uhr

Schlossplatz Stuttgart
und später in ganz Baden-Württemberg

Der Paritätische für das Leben.

#PARIengage

Auszeichnungen für innovatives Engagement in der freien Wohlfahrtspflege



Jugendpreis



Medienpreis



Innovationspreis

Infos und Einreichung
bis 20.7.2023

WWW.PARI-ENGAGE.DE

SOZIONAUTEN

STARTEN WIEDER!



BEWERBUNG UM EINEN DER
2 PARITÄTISCHEN PLÄTZE
MIT ÜBERNAHME
DER TEILNAHMEGEBÜHR

JETZT NOCH BEWERBEN!

ALLE INFOS:

<https://paritaet-bw.de/sozionauten>

